

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abohrenmentspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsbüste Nr. 4841) vierteljährlich 1,80 Mk., für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pf. egl. Beistellgeld.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsjahr 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. — Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden die 5 geplante Seite über deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Leipzig, 11. Januar.

Ein zusammenfassendes Werk über die soziale Lage der arbeitenden Klasse irgend eines Landes oder Ortes muß mit um so größerer Freude begrüßt werden, als trotz des großen Interesses, das alle Welt der sozialen Frage entgegenbringt, der Blick für die wesentlichen Bedürfnisse der Arbeiter vorlauter vorgefassten Theorien und Meinungen in erschrecklichem Maße noch getrübt ist. Jede Darstellung dessen, was ist, kann darum von vornherein Anspruch auf Beachtung erwartet, mag sie auch im einzelnen noch so weit von den unsererseits vertretenen Anschauungen abweichen. Um so mehr wird aber unser Interesse wachsen, wenn die Arbeiterverhältnisse eines Ortes von der Größe und Bedeutung Berlins zum Gegenstand einer eingehenden Darstellung gemacht werden. Ein solches Werk ist schon längst nicht nur von Sozialpolitikern, Volkswirten und Statistikern als ein Bedürfnis empfunden worden, sondern erst recht von Arbeitern, die in der Gewerkschaftsbewegung in und außerhalb Berlins thätig sind. Dass ein solches Werk, eine Art Handbuch der Berliner Sozialstatistik, bis jetzt noch nicht erschienen ist, das mag vor allem daran liegen, daß bis vor kurzer Zeit das vorhandene statistische Material, auf das sich eine solche Arbeit zu stützen hat, noch äußerst dürftig war. Und wenn jetzt nunmehr ein derartiges Werk erschienen ist, so konnte der Verfasser nur ein Schriftsteller sein, dem es möglich war, durch seine beruflichen Beziehungen alle jene statistischen Unterlagen einzusehen und zu beschaffen, die nötig waren, um aus ihnen eine Schilderung der sozialen Lage der Arbeiter Berlins aufzubauen.

Dr. F. Hirschberg, der Direktorialassistent am Statistischen Amt der Stadt Berlin, der Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg, in Arbeiterkreisen hauptsächlich durch seine Untersuchungen über das Verhältnis zwischen Getreide-, Mehl- und Brotpreisen bekannt, hat den dritten Versuch wagen können, in einheitlichem Rahmen eine Darstellung der Arbeiterverhältnisse der Stadt Berlin zu geben. Gerade die vorliegende Arbeit aber zeigt bei allen Vorzügen der Anordnung und Darstellung doch Blatt für Blatt, wie schwer es heute noch ist, tiefere Einblicke in die soziale Struktur der Arbeiterklasse zu erhalten. Damit soll nicht gesagt sein, daß das Buch seine Aufgabe nicht erfüllte, es soll nur aus dieser Thatzache geschlossen werden, daß ohne aktive Mithilfe der Arbeiterorganisationen ein wahr-

heitsgetreues und vollständiges Abbild der Lage der Arbeiter nirgends mehr zu erhalten ist. Und wenn der Verfasser am Schlusse des Vorwortes sagt, er hoffe, daß seine Arbeit zu Specialstudien anregen werde, so möchten wir als Adresse dieser Hoffnung in allererster Linie die Berliner Gewerkschaften bezeichnen. In dem vorliegenden Werke ist gleichsam der Grundplan für systematische Erhebungen über Arbeiterverhältnisse gegeben, nach dem die Gewerkschaften im großen und ganzen ziemlich leicht arbeiten können. In zwölf Abschnitte gliedert sich das ganze Werk, deren jeder allein zu tieferem Eindringen in den Gegenstand einlädt. zunächst bildet den Grundstock des ganzen Werkes eine Übersicht über die Zahl der Arbeiter, ihre Zusammensetzung nach Beruf, Alter, Konfession und die örtliche Bewegung. In anschaulicher Weise wird hier das Wachstum der Arbeiterklasse in diesem Jahrhundert geschildert. Vier statistische Tabelle bieten die Unterlage dieser Ausführungen, denen wir folgende Schlussresultate entnehmen wollen. Es betrug die Zahl der

Arbeiter	Gesamtbevölkerung Berlins
1816	48705
1848	98477
1882	880621
1895	505808
	182001
	889808
	1156045
	1615517

Würden wir die Angehörigen der Arbeiter noch der Zahl der Arbeiter zählen, so würde sich ergeben, daß nahezu zwei Drittel der Berliner Bevölkerung der Arbeiterklasse angehört. Denn 1895 betrug die Zahl der Arbeiterangehörigen 419175, so daß mit Ausschluß der Arbeiterbevölkerung Berlin etwa nur 700 000 Einwohner zählt. Der statistischen Übersicht über das Objekt der ganzen Darstellung folgt eine Betrachtung der Wohnungsverhältnisse, bei der wir eine Berücksichtigung der seitens der Arbeiter angestellten eingehenden Erhebungen um so mehr vermissen, als das für die Beurteilung der jetzigen Zustände verarbeitete Material ziemlich dürftig ist.

In weiterer Folge werden die Erkrankungen und die Sterblichkeit, das Arbeiterversicherungswesen, das Schulwesen, die soziale Fürsorge der Behörden besprochen und alles vorhandene statistische Material in Kürze angeführt. Gerade diese Kapitel zeigen, welche Lücken es noch auszufüllen gilt, um einen vollständigen Überblick über diese so wichtigen Gebiete der sozialen Lage der Arbeiter zu erhalten.

Mit der Organisation der Arbeiter und der Arbeit beschäftigen sich die nächsten vier Abschnitte. Die verschiedenen Organisationsformen, die bestehenden Gewerkschaften, ihre Verwaltung und Einrichtung, die Arbeiterbewegung, die

Arbeitslosigkeit der letzten Jahre, werden unter Beibringung des einschlägigen Materials und graphischer Darstellungen eingehend erläutert, wobei aber zu bemerken ist, daß der Verfasser gut daran gehan hätte, auch die Stärke der einzelnen Gewerkschaften in einer leicht herzustellenden Tabelle aufzuführen.

Recht beherzigswert ist, was Hirschberg über die bestehenden Arbeitsnachweise schreibt und mit welchen Gründen er für eine Centralisierung des Arbeitsnachweises eintritt. Hier wie sonst bei Einzelheiten tritt der Verfasser aus dem Rahmen des objektiven Berichterstatters leicht heraus und vertritt persönliche Anschaunungen. Dies dürfte vielleicht manchen Leser veranlassen, dann und wann mit den Aussichten Dr. Hirschbergs in berechtigte Kollision zu kommen. Aber da unseres Erachtens der Hauptwert des Buches in dem rein darstellenden Teile besteht, so wird man sich über manche zum Widerspruch herausfordernde Stelle leicht hinwegsetzen. Am leidwertensten für den Arbeiter selbst dürften wohl die zwei letzten Abschnitte des Buches sein, die dem Arbeitslohn, der Arbeitszeit und anderen Arbeitsverhältnissen sowie der Lebenshaltung der Arbeiter gewidmet sind. So schwierig es ist, über Arbeitslohn einigermaßen zuverlässige Daten zu erhalten, so ist es hier doch gelungen, ein Bild der Wohnverhältnisse der verschiedenen Arbeiterkategorien zu entwerfen, das uns einigermaßen einen sicheren Anhaltspunkt für die Beurteilung des Einkommens der einzelnen Arbeiterkategorien und einen Vergleich mit anderen Gruppen ermöglicht. Auch die tabellarische Ausführung einer Reihe von Arbeiterbudgets sind bei dem Mangel an Material über die Ausgaben des Arbeiters willkommen zu helfen. Gerade hier können eben nur die Arbeiter erfolgreich einsetzen, wenn die Literatur überhaupt mit ausreichenden Belegen über die Lebenshaltung der Arbeiter ausgestattet werden soll. Was hier der einzelne Schriftsteller zu bieten vermag, sind immer nur interessante Einzelfälle, aber kein Durchschnittsbild, das nur aus einer Masse von Beobachtungen gewonnen werden kann. Dieser Einsicht verschließt sich auch der Verfasser des vorliegenden Handbuchs in keiner Weise, und wenn er mit den Arbeitern selbst keine Fühlung zu suchen scheint, so röhrt dies wohl daher, daß er bei seinen bisherigen Versuchen, die Arbeiter zur Beantwortung hierher gehöriger Fragen heranzuziehen, vielleicht nicht das nötige Entgegenkommen gefunden hat.

Zedenfalls aber zeigt das Buch allen Gewerkschaften, mögen sie nun in Berlin oder in einem kleinen Ort domiziliert sein, wie wichtig die Aufgabe ist, die soziale Lage der Arbeiter zu ergründen und periodisch darüber zu be-

* Dr. F. Hirschberg, Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin. Berlin 1897, bei Otto Liebmann.

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Rangierbahnhof.

Roman von Helene Böhlau.

291

— die reine Pest! Die paar Firmenschilder, die sich die Menschheit angehext, damit soll der ganze Sums gemacht sein. Sie sollen alles thun — und zum Dahinterverstecken sind sie auch famous. Schade, daß ihr keine Freiheiten gehabt habt, die Jahrtausende vordem Euch schon alles vorgelaufen haben. Das möcht' Euch passen? He? Proste Wahlzeit, die würde gefälligst niemand citieren. Selber essen macht fert."

"Gewiß," sagte Olly lachend.

"Jetzt möcht' ich wirklich wissen," fuhr Köppert riesig lebhaft fort, "sowie einer im lieben Deutschland für drei Pfennige Bildung, das heißt, so viel wie pötz' Firmenschilder ausgehängt hat, daß man möglichst von seiner Person nichts mehr zu sehen bekommt; ob der noch ein vernünftiges, nicht gestohlenes Wort spricht? — Gott bewahre. Wenn er spazieren geht, und er will irgend jemanden miteilen, daß er sich von dem Anblick der Natur angenehm gefüllt fühlt, so weiß' ich, daß er sagt: Sieh mal so etwas — der reine Millet, oder der reine Dagmar-Bouqueret, oder der reine Böcklin! — Er wird irgendwen citieren — einen Namen, versteht sich —"

"Na, sag' mal, Köppert," fragte Gastelmeier, weshalb eigentlich hast Du Dich jetzt ereifert? Kein Mensch hat irgend etwas gesagt."

"Nein," erwiderte Köppert, "niemand. Aber sieh Dich gefälligst einmal im Zimmer um, eine gewisse kleine Person hat ihren Spaß daran gehabt — sieh doch. Als ob es nichts wäre, wenn so ein Seelchen zum Lachen kommt. Oder etwa nicht?" Er fuhr sich durch den Haarschopf. "Meinst Du, es ist verdienstlicher, eine Kanone abzuschleben? Oder es ist verdienstlicher, eine Vorlesung zu halten, oder vor fünfhundert Eseln das hohe C zu singen, oder auf dem Seil zu tanzen? Was ist eigentlich vernünftiger? Weißt

Du, Gastelmeier, wenn Du Deine Frau vergnügen willst, sei kein zu großer Biedermeier. Das ist nichts für die Weiber!"

"Oho," meinte Gastelmeier, "ich sagte Dir schon, Köppert, was weißt denn Du von den Weibern? Heirate eine, wenn Du's wissen willst — vorher red' net."

"Weiß er's denn?" fragte Köppert und kniff die Augen zusammen.

"Er weiß gar nichts," lachte Olly. "Die Weiber, das ist überhaupt ein sehr komischer Sammelname," fuhr sie fort. "Wer, die' Weiber sehr gut zu kennen glaubt, kennt das' Weib gewiß nicht. — Zarwohl, Mimm. Und wissen Sie, noch etwas —"

"Na?" sagte Köppert.

"Es gibt jetzt etwas, das hat es so noch nie gegeben, so wie ich's meine: — das moderne Weib, und das ist immer in der Einzahl. Verstehen Sie?"

"Nein — nein, das hab' ich noch nicht verstanden." Er fuhr sich mit seinem energisch geformten Zeigefinger über die Stirn bis zur Nasenwurzel. "Sie sollen es mir auch nicht erklären — nicht viel reden: Passen Sie auf, ob ich's hab". Natürlich ist's das Weib, das die Hände nach Dingen ausstreckt, die wir Scheusalen ihm jahrtausendelang vorenthalten haben."

Er murmelte immer, man verstand ihn nicht leicht, dazu sprach er undeutlich aus.

"So, was sich 'moderne Frau' nennt, meinen Sie? Sie sagten doch 'moderne Frau'? — Da, stellt' ich mir vor, ist ein Hunger, ein Verschmachten nach: sagen wir ganz trocken — sie will Selbständigkeit und Herausstreiten aus den Massen. Da kost' es in den kleinen Täpfchen, als brodelte Genie darin, mag auch sie und da vorhanden sein; weshalb nicht? Im ganzen aber wirst die Natur Blasen auf, es will etwa

richten. Denn nur eine fortlaufende Kenntnis der hier in Betracht kommenden Verhältnisse ermöglicht den Gewerkschaften eine erfolgreiche Tätigkeit und zeigt der Kommune wie dem Staate jene schwachen Punkte, an denen die Sozialpolitik einzuführen hat. Dass in dem Hirschbergschen Buche ein schöner Anfang gemacht ist, ein Handbuch über die Lage der Berliner Arbeiter zu erhalten, ist darum freudig zu begrüßen. Nur möchten wir wünschen, dass dem Anfang auch die Fortsetzung, der Ausbau des Werkes, folge. Diese weitere Arbeit kann aber nicht Sache des einzelnen Schriftstellers sein, er kann das Material sammeln, sichten und verarbeiten, auch seine Beschaffung verauslassen; aber darüber hinaus geht sein können nicht. Das Material selbst herbeizuschaffen, ist Aufgabe der Arbeiter und nur der Arbeiter. Wenn die Lektüre des Buches die Notwendigkeit solcher Kollektivarbeit überzeugend nachweist, so hat es überreichlich seine Schuldigkeit gethan.

Politische Übersicht.

Heute trifft der Reichstag wieder zusammen. Er wird weiter durch Beschlussfähigkeit glänzen, sinnvoll führt die nächsten anderthalb Monate die Hauptarbeit in den zwei maßgebenden Kommissionen, liegt in der Budgetkommission, die noch dazu mit dem Flottengesetzentwurf beschäftigt ist, und in der Kommission für die Militärstrafrechtsreformvorlage. Daneben hat eine zweite juristische Kommission über die Novellen zu beraten, die im Verfolge des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Civilprozeßordnung, Strafprozeßordnung, zur Gerichtsverfassung und über die freiwillige Gerichtsbarkeit eingebracht worden sind. Diese Verhandlungen werden wohl glatt verlaufen. Die Justiznovelle aus der vorigen Session ist bekanntlich nicht wieder eingebracht worden. Auch das daraus entnommene Stück über die Entschädigung unschuldig Verurteilter wird schwerlich das Urteil des Reichsgesetzbuchs erblicken, weil die Regierung darauf beharrt, bei der Novelle durch das Wiederaufnahmeverfahren zwei Klossen von Freigesprochenen zu schaffen, die einfach Freigesprochenen und die ausdrücklich für unschuldig erklärt. Nur diese sollen zu einer Entschädigung berechtigt sein.

In der Budgetkommission wird zuerst der Etat des neuen, man verzeige das starke Wort, „Sprechministers“, des „Schneidigen“, in alles hineinredenden Postadousky verhandelt werden.

Ob und wann der Etat des Auswärtigen Amtes auf Tapet kommt, hängt davon ab, ob die Regierung über die Chinafrage Auskunft erteilen wird.

Beim Postamt wird Postbeamten endlich einmal Farbe befehlen müssen.

Der Flottengesetzentwurf ist der „clou“, der Hauptanziehungspunkt der letzten Tagung dieses „eigenartigen“ Reichstages, um mit der Leipziger Rieselpflichtigkeit zu reden, die um Hundertharkasse für Offizierswitten suppliciert. Bekanntlich verweigerte es die Budgetkommission, auf den Antrag Rardorffs einzugehen, dass die Beratung der Flottenvorlage sofort nach Neujahr beginnen sollte! Man hat sich vorbehalten, ob man den Gesetzentwurf vor oder nach dem Marinetat zur Erörterung stellen will. Der Reichshaushaltssatz muss vor dem Beginn des Etatsjahrs, also bis zum 31. März, abgeschlossen sein. Daraus folgt, dass die Verhandlungen über den Marinetat in der Kommission, mag nun das Flottengesetz vorher oder nachher zur Beratung kommen, spätestens Anfang März sich abspielen müssen. Auch im vorigen Jahre waren in der ersten Hälfte des März die Verhandlungen über den Marinetat.

Bis dahin werden die Plenarsitzungen des Reichstages zu wichtigen und zweifelhaften Abstimmungen kaum Anlass geben. Für die Tagesordnung des Plenums bleiben bis dahin in der Haupthand nur die Staatsberatungen und die Verhandlungen über die Initiativanträge übrig. An solchen Anträgen ist kein Mangel.

Eine französische Beschwerde über Leo XIII.

Im Figaro wird über den Bischof von Anzer und dessen unter deutschem Schutz stehende Mission bittende Please geführt. Bekanntlich bot die Ermordung zweier Missionäre des Anzerischen Bistums der deutschen Regierung den willkommenen Anlass, den Handstreich gegen Kiautschau zu führen.

Nun ist der Schutz der Christen im ganzen Orient ein altes „Recht“ des „allerchristlichsten“ Frankreichs, das bei vielen Gelegenheiten zu diplomatischen und anderen Eingriffen der

werden. Natürlich kostet es überall. Wir Mannsbilder werden Gott weiß was, Maler, Mediziner, alles Mögliche. Da gibt es keine Hindernisse, da ist Windstille, alles in Ordnung.“

Köppert fuhr sich wieder über die Stirn bis zur Nasenwurzel; man hätte meinen sollen, er hätte sich schon im Laufe der Jahre eine förmliche Rinne gegraben. „Das Weib aber, das Weib in der Einzahl“, murmelte er, „da ist die Sache anders. Es greift nach etwas, zitternd vor Kraft und Wollen. Es ist eine Heldin, es kämpft und hat keinen Boden unter den Füßen, muss erst jede Handbreit Boden erkämpfen. Das ist eine Unmöglichkeit, scheint es, aber sie macht's möglich, natürlich mit wunderlichen Sprüngen. Lacht nur über sie. Sie rechnet auch mit dem Lachen. Aber aufhalten! Teufel auch, das kann sie nicht vertragen. Sie will eben vorwärts. Punktum. Ist das so ungefähr der Sums? Sie wird ein Dämon, wenn sie aufgehalten wird!“

„Wahrhaftig,“ sagte Olly. „Und wissen Sie noch etwas. Sie hat Durst nach Ruhm. Ich kann es nicht anders sagen. Es graut ihr davor, wie ein Hund zu sterben. Tausende von Männern haben Ruhm errungen; sie will die Wonne auch haben, und ihr Ruhmdurst ist fürs erste größer als Eurer. Sie will's natürlich für sich erreichen; aber doch nicht nur für sich. So, wissen Sie, als wollte sie sagen: Mit dem, was ich erreicht habe, ade ich Euch alle. Ihr habt es auch gesagt, viele von Euch — und besser.“

„Verstehen Sie mich auch?“ fragte sie heiser. Und wunderlicherweise standen ihr Thränen in den Augen.

Sie war vom Sofa aufgestanden und ging im Zimmer auf und nieder.

„Ja,“ sagte sie mit zitternder Stimme, „alles Auf-

französischen Regierung den Vorwand gegeben hat (so bei den Kreuzen am Heiligen Grabe in Jerusalem u. s. w.). Von den 40 katholischen Bistümern in China stehen 39 unter französischem Schutz, der nach dem Figaro sehr wirksam ist, Genugthuung und Sühne rasch durchdrückt u. s. w.

Die Südschantauner Mission aber ist seit 1887 unter deutschem Schutz. Sie hatte dazu die Vermittelung des päpstlichen Nunius (Botschaften) in Peking, der seit 1886 dort eingezogen ist trotz des Einspruchs des französischen Gesandten beim päpstlichen Stuhle. Bischof Anzer, übrigens ein Oberpfälzer, setzte bei diesem neuen Nunius durch, dass die Mission in Südschantaun dem deutschen Schutz unterstellt worden ist, und der Figaro übt Kritik an der Nachgiebigkeit des Papstes.

Der Figaro behauptet ferner, die zwei Missionäre seien Opfer ihrer Unvorsichtigkeit geworden. Sie hätten das Kreuz an einem Platze des südlichen Schantaun aufgesetzt, wo die elementarste Kugelheit geboten hätte, mit peinlichster Vorsicht zu handeln. Die Bewohner von Schantaun rütteten sich, dass eine Anzahl unehrer Staatsmänner und Gelehrter uns ihnen hervorgegangen ist. Ihr größter und berechtigter Stolz ist, dass Nunius, der große Denker und Sittenlehrer, zu dessen Weisheit sich noch heute ungezählte Millionen in China bekennen, in Schantaun geboren wurde und wirkte. Der Ort, an dem sich Leben knüpft, und an dem noch heute sein direkter Nachkommne, als Herzoglung, residiert, wird heilig gehalten. Und hier, in dem Wella der Chinesen sollen die Missionare demonstrativ das Kreuz aufgerichtet haben. In der Nähe dieses Wallfahrtsortes, das sieht man auch bei Richthofen, erfolgte denn auch der Angriff gegen die Missionare, der am Ende dem deutschen Reiche — den Pachtvertrag von Kiautschau bescherte.

Deutsches Reich.

Gendarm Siebig.

z. Breslau, 10. Januar.

Einen interessanten Beitrag zur Geschichte der Bekämpfung der Sozialdemokratie auf dem Lande liefert eine Verhandlung, die sich dieser Tage vor dem Landgericht in Hirschberg in Schlesien abspielte. Vor diesem Gericht erschien der Mühlendorffsche Gustav Weinert aus Wernerstorff im Kreis Wolkenburg, angeklagt, den Gendarmen Siebig durch die wissenschaftliche Beschuldigung, einen Meineid geleistet zu haben, schwer beleidigt und außerdem versucht zu haben, die vorgezogene Behörde des Siebig durch Drohungen zu einer Amtshandlung zu nötigen.

Die Beiseunaufnahme ergab nach den Berichten bürgerlicher Provinzblätter folgenden charakteristischen Sachverhalt: Weinert war seit einem Jahre in der Mühle zu Wernerstorff als Werkführer thätig und wurde von der Besitzerin der Mühle als sehr tüchtiger, pflichtgetreuer Arbeiter hochgeschätzt. Eines Tages wurde nun in nicht aufgelisteter Weise bekannt, dass Weinert Sozialdemokrat sei und früher im benachbarten Görlicher Wahlkreis agitiert habe. Nun mehr kam der Gendarm Siebig im höheren Auftrage zur Arbeitgeberin Weinerts und forderte sie auf, ihren Werkführer zu entlassen, damit der Kreis nicht verschont werde. Bisher seien ja die Sozialdemokraten dem Kreise gänzlich ferngehalten worden. Die Vorstellungen des Gendarmen halten bei der Mühlbesitzerin jedoch keinen Erfolg, und nun bemühte sich in gleicher Richtung zunächst der Amtsleiter, und als auch das noch nicht fruchte, sogar der Landrat selbst. Der Landrat schrieb der Müllerin einen Brief, worin er sie um die Entlassung des Werkführers bat und sie noch darauf verwies, dass ihre Familie doch stets gut patriotisch gesonnen war. Aber auch das edle Streben des Landrats, einen politischen Gegner der wirtschaftlichen Existenz zu beraubten und ihn auf die Landstraße setzen zu lassen, hatte keinen Erfolg, die hochherrliche Frau blieb fest und erklärte auch dem Landrat, dass Weinert als Arbeiter das beste leiste und ihn die politische Gejünning ihres Werkführers ganz gleichgültig sei.

Zu guter Letzt versuchte man die Mühlbesitzerin in „anderer Weise“ gefügig zu machen. Die polizeilichen Angelegen gegen die Bewohner der Mühle wegen angeblicher Übertritteungen aller Art häunten sich plötzlich in ganz auffälliger Weise. Die Betroffenen wurden in mehreren Fällen vom Gerichte freigesprochen, und der Vorsteher ermahnte sogar den Gendarmen Siebig, mit Weinert besseres Einvernehmen zu halten. Durch die fortwährenden Drangsalierungen empört, schrieb Weinert nun am 12. und am 18. Oktober v. J. an die Gendarmerie-Brigade, dass Siebig gegen ihn und seine Arbeitsleute wissenschaftlich falsche Anzeige erstattet und vor Gericht Unwahrs ausgezeigt habe. Das trug Weinert nun die Anklage wegen verleumderischer Beleidigung

halten ist Dual. Sie haben ganz recht. — Und frank sein! Wissen Sie, frank sein, das ist's.“

„Und so was,“ meinte Gastelmeier im Scherz, „so was hat man gegeizt. Ja, siehst Du, Köppert.“

„Armer Wimm,“ sagte Olly erregt und mit glühenden Wangen. „Du bist an etwas Schönes gekommen.“

„Ruhig, ruhig,“ brummte Köppert. „Insekt — einsach Insekt — erinnern Sie sich's noch? Der da oben kennt sich längst nicht mehr zwischen einer Handvoll Leuten und einer Handvoll Nänäpfchen aus. Also wozu der Sums? Ma, wozu? Trauerspiele aufführen hat keinen Sinn, absolut nicht. Hören wir endlich damit auf, dem Schicksal immer wieder den Gefallen zu thun. Nicht wahr? Ma, also.“ Er fuhr sich durch den Haarschopf. „Neulich ging ich nachts an der Türkenschanz vorüber, da standen zwei besoffene Kerle, der eine drost auf den anderen, hob den Arm um auszuholen und brummte: Sag' Du noch einmal Vallenstedt — Du! Ma, und der andere sagte: Vallenstedt ganz gehorsam. Bums, da hatte er's. — Sag noch einmal Vallenstedt, Du! Ma — Vallenstedt, sagte der andere. Bums, da hatte er's wieder. Und noch einmal, und so ging's fort, es war immer dasselbe, gerad' wie zwischen uns und dem Schicksal. Es will, wir sollen Vallenstedt sagen — und wir sagen Vallenstedt, so oft es von uns verlangt wird, und werden jedesmal gehauen. Weshalb machen wir ihm eigentlich immer den Spaß? Wenn wir's Maul hielten, würde es schon mürb werden und uns in Ruhe lassen. Maul halten, das ist auch eine Art Erlösungswerk für die Menschheit.“

„Ich versteh' Sie,“ sagte Olly immer noch tief erregt. „Aber sie sind gesund. Sie haben gut reden.“

„Und was denn! Sie werden auch wieder gesund,“ sagte Köppert.

und versuchter Rötigung ein. Auf Grund der umfangreichen Beiseunaufnahme, die vorstehenden Sachverhalt ergab, hielt der Staatsanwalt nicht für erwiesen, dass Weinert den Gendarmen wider besseres Wissen falsch angeklagt habe. Doch habe er ihm in frivoler Weise den Vorwurf des Kleineides gestellt, weshalb der Staatsanwalt fünf Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrenruhest befragte! Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heilborn, ging mit den Gendarmen schief ins Bein und forderte für seinen Klienten den Schutz des § 193, denn da der Gendarm Siebig wie dessen Vorgesetzte den Angeklagten aus seiner sicherer Stellung drängen wollten, hätte er nur in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Auch der Gerichtshof gewann nicht die Überzeugung, dass Weinert wider besseres Wissen gehandelt habe, ebensowenig wie er sich einer Beleidigung schuldig gemacht habe. Dagegen sei die versuchte Rötigung nach § 114 des N.-Str.-G.-V. erwiesen, es seien dem Angeklagten jedoch mindernde Umstände zu bewilligen, da er durch das Vergehen des Gendarmen sehr gereizt worden sei. Das Urteil lautete auf die immerhin noch sehr harte Strafe von 14 Tagen Gefängnis.

So bekämpfen Gendarmen, Amtsleiter und Landrat im traurlichen Verein den bösen Sozialdemokraten, indem sie ihn dem Hunger und Elend zu überantworten suchen. Und wenn der Ungläubliche sich zur Wehr setzt, hat er die brauen Staatsfürsten beleidigt, wandert auf die Anklagebank und bleibt sicher in irgend einer Masche des Strafgesetzes hängen. Den pflichtgetreuen Beamten aber winkt Belohnung und Anerkennung für ihre aufopfernden Dienste im Interesse von Staat und Gesellschaft.

Chinesisches.

Die Ablösungen Chinas in Form von Pachtverträgen entsprechen einem chinesischen Gebrauch, um chinesischen Untertanen gegenüber den Schein zu wahren, dass die Ablösung dem freien Willen der chinesischen Regierung und nicht dem äußeren Druck gefolgt sei. Diesem Streben begegnen wir in fast allen derartigen Abmachungen Chinas mit Fremden, falls es nicht durch Niederlagen im Kriege gezwungen war, darauf zu verzichten.

So musste sich England in dem Vertrage von 1886 über die Ablösung Birmas dazu verstehen, den alten Brauch aufrecht zu erhalten, dass alle 10 Jahre Tributgefaßnachten nach Peking zu schicken sind; so wurde in dem neuesten chinesisch-englischen Abkommen über die Neuverteilung der Grenze zwischen Birma und Tibet festgelegt, dass das England zu überlassende Gebiet gegen eine später festzuhaltende Summe in ewige Pacht gegeben wird; so hat ferner die chinesische Regierung den Ausländer in den Vertragshäfen die Landstreifen zu ihren Niederlassungen zu verpachten.

Die Gemeindeverwaltung von Shanghai z. B. hat jährlich 1500 Kupferstück (etwa 1¼ Silberdollar) für den Ma (1 Ma = 6,6 Quadratmeter) an die chinesische Regierung als Pacht zu entrichten. Das hindert jedoch die Fremden nicht, dort umschränkt zu halten und zu warten, sie haben sogar an einigen Orten Schutzenhäuser gebildet, mit denen sie auch der regulären Soldateska des Kaisers zu Leibe rücken würden, wenn sie sich einen Eingriff erlauben oder nur das Eigentumsrecht der Regierung in Anspruch nehmen wollte. Bei allen diesen Abmachungen kommt es den Chinesen weniger auf die Sache, also auf die Höhe der Pachtsumme, als, wie gesagt, darauf an, den Schein zu wahren oder wie man in China sagt, „das Gesicht zu behalten“.

Der Kaiser von China

erhielt ein Telegramm des Baron, wonin dieser für die ihm durch den Prinzen Uchomski überbrachten Schreiben und Geschenke dankt, und erklärt, dass er sich freue, zu hören, dass die russischen Kriegsschiffe in Port Arthur den Chinesen willkommen seien!

Der geltende Handelsvertrag Deutschlands mit China datiert vom 2. September 1861. Es ist ein Freundschafts-Schiffahrts- und Handelsvertrag, der abgeschlossen wurde im Anschluss an die deutsche Expedition unter Führung des Grafen Fritz zu Eulenburg. Zu diesem Vertrag wurde unter 31. März 1880 eine Zusatzkonvention abgeschlossen. Danach machte China in erster Linie das Zugeständnis, dass, nachdem die Höhenfahrt in Hupei, Wuhu in Anhui, Wenhou in Chekiang und Paluo in Kuangtung und die Landungsplätze Tatung und Anking in Anhui, Fukien in Kiangsi, Wusich, Buchison und Shashih in Huating bereits früher gedroht wurden, es fernerhin nicht im Hafen Wujing in der Provinz Kiangsu gestattet sein sollte, zeitweilig anzuhalten, um Kaufmannsgüter einzunehmen.

„Vielleicht — vielleicht auch nicht. Weshalb soll mich gerade das Böse nicht treffen? Sagten Sie's nicht?“

„So, das hab' ich dumm gemacht, so ein Schafkopf,“ erwiderte Köppert und schlug sich vor die Stirn. „Aber wie Sie auch auf alles hereinfallen!“ Das unregelmäßige Gesicht mit den geschenkten Augen nahm einen wunderlich weichen, jungen Ausdruck an. „So ein Teufel! Komme her, um Sie auf frohe Gedanken zu bringen, und heze Sie, Gott weiß wie.“

„Na, Kinder, gebt Ruh jetzt,“ sagte Gastelmeier.

„Gefühlssloßjagd!“ brummte Köppert vor sich hin und war mit seinen Gedanken irgendwo.

„Weißt Du, Köppert,“ sagte Gastelmeier, als Olly in das Nebenzimmer gegangen war, „meine Frau ist jetzt in einer unglaublichen Stimmung, ich versteh' gar nicht, was ist denn eigentlich los?“

„Olly!“ rief er.

Sie kam.

„Denk' Dir, was sie mit meinen Weihnachtskarpfen gemacht hat. Weißt Du's? Erst für teures Geld gelauft und dann in die Isar gelassen!“

„Marlitt?“ fragte Köppert freundlich schlau lächelnd und kniff dabei die Augen zusammen. „Das ist Marlitt, so etwas. Herr Gott, wozu? Machen Sie damit die Welt besser? Einfach Gefühlssloßjagd. Macht Euch doch das Leben nicht so unsinnig schwer, Insekten! Gnädige Frau, der Karpfen ist zum essen da. Punktum. Nächsten Sommer wollen wir miteinander fischen gehen.“

(Fortsetzung folgt.)

oder abzuladen. Ein weiteres chinesisches Augeständnis war, daß deutsche Schiffe, die in China bereits die Tonnengelder bezahlt, alle übrigen geöffneten Häfen Chinas sowie auch alle nicht chinesischen Häfen ohne Ausnahme besuchen dürfen, ohne innerhalb viermonatiger Frist von neuem Tonnengelder zu müssen. Deutsche Segelschiffe, die länger als 14 Tage in einem chinesischen Hafen liegen, sollten für die über diesen Termin hinausgehende Zeit nur die Hälfte der vertragsmäßigen Tonnengelder entrichten. In allen geöffneten Häfen Chinas, wo der ständige Handelsstand es für wünschenswert hält und die lokalen Verhältnisse es ähnlich erscheinen lassen, sollten der chinesische Solddirektor und die übrigen in Betracht kommenden Behörden, unter gleichzeitiger Ausarbeitung der erforderlichen Regulationen, die Errichtung von Entrepôts selbst in Angriff nehmen. Für Kohlen chinesischer Herkunft, die von deutschen Kaufleuten aus geöffneten Häfen exportiert werden, wurde der Ausfuhrzoll auf 3 Pf. (1 Pf. = 0,90—1,20 Mk.) herabgesetzt; für die von denjenigen Häfen ausgeführten Kohlen, für die bereits früher ein niedrigerer Zoll festgesetzt worden, blieb jedoch dieser niedrigere Satz bestehen. Deutsche Schiffe, die infolge von im Hafen oder außerhalb derselben erlittenen Beschädigungen reparaturbedürftig geworden, sollten für die von dem Bollamt festzustellende, durch die Reparatur in Anspruch genommene Zeit keine Tonnengelder zu zahlen haben. Falls scheinbarlich gewordene deutsche Schiffe in einem geöffneten Hafen Chinas abgebrochen werden, kann das Material derselben verlaufen werden, ohne daß davon Eingangszoll erhoben wird. Jedoch ist, sobald die Materialien an Land gebracht werden, für dieselben in gleicher Weise, wie dies für Waren geschah, auf dem Bollamt ein Erlaubnischein zum Umladen vorher zu entnehmen. Materialien für deutsche Docks sind zollfrei.

Weitere Bestimmungen betreffen die Ernennung von chinesischen Konsuln in Deutschland, die Einreichung eines Manuskripts seitens deutscher Schiffe, die die geöffneten Häfen Chinas besuchen, das Recht der chinesischen Behörden, Deutsche, die ohne einen vom Konsul ausgestellten und von der zuständigen chinesischen Behörde abgestempelten Paß sich zu Vergnügungsreisen in das Innere abgeben, zu dem nächsten deutschen Konsulat zurückzuführen zu lassen. Andere Specialbestimmungen betreffen den Verkehr von Kaufmannsgütern im Hafen von Wusung...

Der Pachtvertrag über Kiautschau zwischen dem Reich und China ist, wie die Nordd. Allg. Blg. mitteilt, "nach inzwischen eingetroffenen weiteren Nachrichten auf einen Zeitraum von 99 Jahren abgeschlossen". Es ist dies der in China für solche Verträge übliche Zeitraum.

Ob eine Nachtragsforderung

in betreff der Pachtung von Kiautschau an den Reichstag kommen wird, ist der Post zufolge noch zweifelhaft. Jedenfalls entspreche die Meldung, ein solcher Etat wäre in Vorbereitung und würde mit Bestimmtheit erwartet, in dieser Gestalt den Thatsachen nicht.

Zum Verhalten Englands

schreibt offiziös die Post am Schlus eines Artikels über Englands Stellung zu der Kiautschau-Frage: Es könne ein Zweifel darüber heute nicht mehr bestehen, daß das deutsche Ansässige Amt vor der Besetzung Kiautschaus im Foreign Office (Auswärtigen Amts) in London habe fordern lassen, wie sich die britische Regierung zu ihrem Vorhaben stellen würde, ebensoviel aber auch darüber, daß in London kein Widerspruch erhoben worden sei.

Bur. "Sühnefrage"

teilt der Ostas. Lloyd mit: Neun Chinesen, die sich an der Ermordung der beiden deutschen Missionäre in Tschantschaus beteiligt, sind ergriffen worden; in ihrem Besitz fand man eine Menge Eigentums der Missionäre.

Ein fairerlicher Erfolg befiehlt dem inzwischen zum Vicekönig von Szechuan ernannten Gouverneur Livingheng, Schanzung nicht eher zu verlassen, als bis die Ermordung der beiden deutschen Missionäre in Tschantschaus eine "befriedigende Sühne" erfahren hat. Es gibt immer Bopsträger in Novath, die man pfählen, spießen, hängen kann.

Auf nach China.

Nom. 10. Januar. Wie der Popolo Romano meldet, wird das italienische Panzerschiff Marco Polo in den nächsten Tagen nach China gehen.

Balfour über China.

Lord Salisburys Nesse und Ministerkollege, der erste Lord des Schatzes, Balfour, sprach am 10. d. M. in Manchester über die Verhältnisse an der indischen Grenze. England müsse seine Grenzen vor den Bergstammes beschützen und ebenso dafür sorgen, daß die Stämme nicht untereinander in Streit gerieten.

Was China betreffe, so seien die Interessen Englands nicht territorialer (Landbevölkerung), sondern kommerzieller (handelspolitischer) Natur. Da die Beteiligung Großbritanniens an dem Außenhandel Chinas 80 Prozent des gesamten Handels Chinas betrage, habe England einen ganz besonderen Anspruch darauf, daß sie zu sorgen, daß die Politik Chinas sich nicht einer Beschränkung des äußeren Handels zuwende. England sei durch die tief verwurzelten Überlieferungen seiner Politik gehindert, irgendwelche ihm gewohnte Handelsvorrechte als Waffe für den Ausschluß von Konkurrenten zu benutzen. Wenn England Handelsfreiheit verlange, verstehe es darunter eine Freiheit des Handels für die ganze Welt in gleichem Maße.

Es gäbe nur zwei Wege, auf denen eine Störung der Handelsinteressen Englands in China möglich sei. Der erste sei die Möglichkeit der Ausübung eines Druckes auf China, durch eine auswärtige Regierung Anordnungen zu treffen, die sich gegen England richteten und dem betr. Staate Vorteile genähren. Mit anderen Worten, die die gleiche Gelegenheit, Handel zu treiben, zerstören, die den jeweils Anspruch Englands ausmache, die aber auch England tatsächlich beanspruche.

Der zweite Weg sei derjenige, daß fremde Länder mit schutzösterischen Nebenlieferungen an der chinesischen Küste Stationen errichten, in denen sie Zollgrenzen einführen oder ähnliche Einrichtungen tragen.

Die britische Regierung werde ihr Bestes thun, darauf zu sehen, daß auf seinem dieser beiden Wege der britische Handel geschädigt werde. Balfour bemerkte schließlich, er könne nicht verstehen, weshalb England dem russischen Handel entgegen treten solle, wenn er sich dorthin wende, wo es ihm beliebe, aber immer nur in der Voraussetzung, daß England dadurch nicht verdrängt werde.

* Berlin, 11. Januar. Nun marschieren unsere Schuhgebiete in Afrika mit an der Spitze der Gesittung, der Reichs-Anzeiger veröffentlicht eine vom Kanzler gegengezeichnete Kaiser-

liche Verordnung betreffend die Einrichtung einer Staatsanwaltschaft bei den Gerichten der Schuhgebiete. Nun kann es nicht fehlen, halleluja!

In Deutsch-Südwestafrika ist mit dem 1. Januar eine Verordnung in Kraft getreten betreffend die Einführung von Feuerwaffen und Munition und den Handel damit, der nun noch der Kaiserlichen Landeshauptmannschaft gestaltet sein soll. Jede eingeführte Feuerwaffe muß voran abgestempelt und in ein von der Polizeibehörde geführtes Verzeichnis eingetragen werden. Für den Erlaubnischein wird eine Gebühr von 5 Mk. und bei der nach fünf Jahren nötigen Erneuerung eine solche von 3 Mk. erhoben. Diese Gebühr haben auch die Beamten und die Angehörigen der Schutztruppe für die nicht zu ihrer dienstlichen Ausübung gehörigen Feuerwaffen zu zahlen. — Gegen die Jubiläumsfeier des März 1848 verlangen die Berliner Neuesten Nachrichten, ein schabiges Unternehmensblatt, ein einheitliches Vorgehen der Gesamtheit der deutschen Regierungen. Weiter nichts? — Eine Versammlung bürgerlicher Frauen hat am Sonntag den Fall Köppen verhandelt und Protestresolutionen beschlossen.

Das herrliche preußische Vereinsgesetz wird in Bromberg eigenartig ausgelegt. Es wird von dort berichtet, daß Oberlehrer Dr. Schmidt seinen Vortrag, den er zuerst vor der Abteilung Bromberg der deutschen Kolonialgesellschaft über die Kriegsflotte und deren notwendige Verstärkung gehalten hat, in den folgenden Tagen vor den Schülern der höheren Lehranstalten, vor 600 Unteroffizieren und den Mitgliedern des Landwehrvereins halten wird.

Hier werden also die Unteroffiziere veranlaßt, Versammlungen zur Erörterung politischer Fragen beizutreten, obgleich in § 49 des Reichsmilitärgegesetzes Unteroffiziere die Teilnahme an politischen Versammlungen ausdrücklich untersagt ist.

Die Heranziehung der Schüler zu solchen politischen Vorträgen nimmt sich auch sehr seltsam aus gegenüber dem bekannten Entwurf zur Vereinsnovelle, die allen Personen unter 21 Jahren die Teilnahme an politischen Versammlungen untersagte, und gegen den neuen Antrag der sächsischen Reaktionäre auf das Vereins- und Versammlungsrecht der Minderjährigen und der Frauen.

Ja, Bauer, das ist ganz was anderes . . .

Nach Köslin ist der Sonntagsblätter und Wiesbadener Regierungspräsident v. Tepper-Vaissi vorsicht worden.

Eine Verfassung von Wiesbaden nach Köslin sieht genau aus wie eine Strafverfassung.

Die Kölnische Volkszeitung, das rheinische Centrumsblatt, schreibt über die nahenden Neuwahlen zum Reichstag:

Wir dürfen auch hoffen, daß das Centrum bei stützlicher Anstrengung und Erhaltung der Einigkeit seinen Bestand nicht nur erhält, sondern auch noch verstärkt. Ist das der Fall, so würde es sich aber darum handeln, was aus dem großen Treffen wird, das die Konservativen und die Freisinnigen einander angezeigt haben. Der Bund der Landwirte rüstet mit Macht, um den "Planchettmännern" eine entscheidende Schlappe beizubringen. Andererseits scheinen aber auch die Freisinnigen gegen die Rechte so "geladen" zu sein, wie kaum jemals zuvor. Unterstützt von dem Schutzbund gegen agrarische Uebergriffe, dem freisinnigen Bauernverein Norbot, dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus und unter dem stillen Succurs der Sozialdemokratie haben sie die Parole: "Gegen Junter und Reaktion!" ausgedehnt, die die Kreuzzeitung mit der Losung: "Gegen Juden und Revolution!" beantwortet hat. Sollte die Marinefrage aus dem Wahlkampfe ausscheiden, so dürfte dieser Gegenzug der Wahlbewegung die Signatur geben und es mag dahingestellt bleiben, welcher der beiden Gegner den Sieg davon tragen wird.

Doch aber weder die Bäume der Konservativen noch die der Freisinnigen in "den Himmel wachsen", soll die Sorge eines starken Centrums sein.

Von der Sozialdemokratie schweigt das Centrumsblatt, als ob das Centrum namentlich im Süden und Westen Deutschlands nicht recht ernsthaft mit ihr zu rechnen hätte. Des bayerischen Bauernbundes, der die bayerischen Centrums-Patrioten" arg bereitet, gebietet die Kölnische Volkszeitung auch nicht, noch erwähnt sie der Frondeure in den eigenen Reihen am Rhein, wo die agrarischen Bauernvereine murren, und in Schlesien, wo polnische und agrarische Einflüsse im Centrum wachsen.

Für die Reichstagswahl in Homburg-Kusel ist jetzt ein neuer Kandidat auf den Plan getreten. Bekanntlich hatten die Nationalliberalen den strammin agrarischen Bürgermeister v. Fischer, den "roten Fischer" von Augsburg, aufgestellt, um auf diese Weise den Beifall der Blinden zu gewinnen. Aber diesen genügte auch Herr v. Fischer noch nicht, und sie stellten ihrerseits den bündlerischen Agitator Bücke auf. Mehrfach angebaute Verständigungsversuche scheiterten, und in einer in den letzten Tagen abgehaltenen Versammlung erklärten die Bündler, bei der Kandidatur des Herrn Bücke zu bleiben. Jetzt haben in einer in Landstuhl abgehaltenen Versammlung doch die Nationalliberalen die Kandidatur Fischer fallen lassen und den bayerischen Landtagsabgeordneten Schmitt-Reichenbach als Kandidaten aufgestellt. Der Bund der Landwirte nahm diese Kandidatur an. Wie weiter gemeldet wird, war Fürst Bismarck zum Schiedsrichter in diesem Streit aufgerufen worden. Auf eine Anfrage, ob Bücke oder v. Fischer vorzuziehen sei, habe er telegraphisch geantwortet, v. Fischer wäre sehr gut. Aber trotz dieser guten Note entschieden sich die beiden Parteien für Schmitt.

Unser pfälzische Korrespondent schreibt uns dazu: In der nationalliberalen Versammlung erklärte der eigens von München erschienene Reichs- und Landtagsabgeordnete Brünings-Baudau als Vorsitzender des Ausschusses der nationalliberalen Partei der Pfalz, der Ausschuss stelle bei den künftigen Reichstagswahlen an die Kandidaten nur die Forderung, der nationalliberalen Partei beizutreten; wirtschaftlich werde jedem freie Hand gelassen. Herr Schmitt hat dieses Opfer des Intellektus gebracht und erklärt, im Falle seiner Wahl der nationalliberalen Fraktion beizutreten. Darauf wurde seine Kandidatur einstimmig beschlossen.

Während die Gegner Bückes in Landstuhl tagten, hielt dieser in Lauterecken eine Wahlversammlung ab, in der aber mehr über die Kandidatenfrage geprahlt wurde. Herr Bücke machte dabei die interessante Enthüllung, daß die nationalliberalen Partei ihm durch Herrn Biss-Ellerstadt (einem Bündler) habe mitteilen lassen, daß sie bei den allgemeinen Wahlen in sämtlichen sechs Wahlkreisen der Pfalz agrarische Kandidaten aufstellen werde, wenn Herr Bücke von der Kandidatur zurücktrete. Die Freunde Bückes gingen aber auf das Anerbieten nicht ein, sondern erklärten mit allen gegen eine Stimme, an seiner Kandidatur festzuhalten. Bücke erklärte, seine Auffassung, warum die nationalliberalen Partei so gegen seine Kandidatur

sei, sei die, daß sie eben die Blinden wieder in den national-liberalen Schaffest hineintreiben möchte".

Es stehen also jetzt im Wahlkreis Homburg-Kusel vier Kandidaten zur Wahl: der bündlerisch-nationalliberalen Kompromißkandidat Schmitt, Herr Bücke, der Centrumskandidat Dr. Jäger und unsererseits Genosse Ehrlhart.

Wir fühlen uns bei der ganzen Komödie am wohlsten.

Den niederrheinischen Reichstagswahlkreis Nees-Mörns verucht die Regierung der Centrumspartei wieder abzunehmen. Es hat sich deshalb in einer Versammlung liberaler Vertrauensmänner der Regierungspräsident Gescher in Münster als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufstellen lassen. Herr Gescher war selber dort Landrat. 1893 unterlag die Centrumspartei dagegen gegen den streitbaren Gescher, der als regierungsfreimaurer konservativer Abgeordneter rasch befördert wurde. Später nach der Beförderung des Herrn Gescher eroberte die Centrumspartei den Wahlkreis zurück.

Welch famose Liberalen, die einen streitbaren Regierungsmann aufstellen!

Agrarischer Boykott. In das Margarinegesetz halten die Agrarier, ohne jedoch damit Erfolg zu erzielen, die Bestimmung aufzunehmen gesucht, daß Speisewirte, Konditoren und Bäcker die Verwendung von Margarine durch Anschlag in ihren Geschäftsräumen bekannt machen sollen. Die in dem Gesetz nicht enthaltene Bestimmung versuchen die Agrarier jetzt auf privatem Wege durchzuführen. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien veröffentlicht in der Zeitschrift der Kammer eine Bekanntmachung, worin es heißt:

Der Molker-Revolutionsverband für die Provinzen Schlesien und Posen hat an uns das Erfuchen gerichtet, die landwirtschaftlichen Vereine aufzufordern, daß deren Mitglieder die ihnen bekannten Wirte, Konditoren und Bäcker veranlassen, in ihren Gasträumen und Läden deutliche Anzeigen "kein Margarineverbrauch" ausschlagen und nur bei solchen Gewerbetreibenden, die diesen berechtigten Wunsche nachkommen, verkehren bzw. kaufen." Wir geben den geehrten Vereinsvorständen hieron Kenntnis mit dem Bemühen, daß der Ausschuss IX der Landwirtschaftskammer beschlossen hat, dieselben zu ersuchen, im Sinne des von dem genannten Verbande ausgesprochenen Wunsches zu wirken. ges. Graf von Bedlich.

Die Hamburger Nachrichten bemühen sich, dem Grafen von Bedlich, der mit dem Vertreter des Hamburger Korrespondenten so gründlich umgeprungen ist, mit einer langatmigen Entschuldigung zu Hilfe zu kommen. Bismarck spricht aus den Hamb. Nachr.: "Was den Hamb. Korr. angeht, so haben wir an dieser Stelle auch noch in den letzten Jahren, häufig an Beispielen erkannt können, daß das genannte angeblich 'Hamburgische' Blatt sehr oft nichts weiter ist als ein Ableger des u. ehesten Berliner Offizientums, und wir möchten seine Leser davor warnen, daß alles als gutes Hamburger Courant anzusehen, was sich bei näherer Prüfung als Berliner Import erweisen dürfte. Sich ferner als Vertreter Reuters in Friedrichshafen introduzieren zu wollen, beweist eine Urtreißlosigkeit, die ein gewanderter Vertreter eines größeren Blattes nicht haben sollte. Das Neutreische Institut war stets dem deutschen Fleisch ständig, und der Hamb. Korr. war seit acht Jahren Vorläufer für alle die Regierungsmahnahmen, die mit der Politik Kaiser Wilhelms I. und seines Kanzlers im Widerstreit standen."

Die Offiziösen taugen nichts, wenn sie nicht Bismarck-Offiziösen sind. Im übrigen ist die Kritik des Offizientums gar nicht überzeugend.

Die fiktiven Eisenbahnnfälle im Reichs Thielens. Der Oberschlesische Wanderer meldet aus Gleiwitz vom 10. d. M.: Heute abend 6½ Uhr fuhr auf dem Gleiwitzer Hauptbahnhof der von Kallmuth kommende Personenzug 4270 auf den auf Einfahrt wartenden Güterzug 1848 auf. Von dem Personenzug, der mit 2 Maschinen bespannt war, wurde die 1. Maschine zerkrümmt, von dem Güterzug die Lokomotive und 5 Wagen beschädigt. Ein Bremser des Güterzuges, sowie der Zugführer und ein Hilfsbremser des Personenzuges wurden schwer verletzt; 2 Beamte sollen leicht verletzt sein. Von den Passagieren wurde niemand verletzt. Beide Gleise sind gesperrt. Die Verletzten wurden nach dem Gleiwitzer Krankenhaus gebracht.

Aus Brehna wird vom 11. Januar 1 Uhr früh amtlich gemeldet: Der Schnellzug D 5 von Halle nach Berlin ist in dem Bahnhof Brehna auf einen Güterzug aufgesfahren. Einige Personen erlitten unbedeutende Abschürfungen, sonst wurde niemand verletzt. Es herrschte starker Nebel. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Das Neueste für jüdische Reichstagswähler ist, anscheinend von marxistisch-offiziöser Seite, eine besondere Broschüre in Berlin erschienen, betitelt: Die deutsche Flotte und die jüdischen Reichstagswähler. Im ersten Teil der Broschüre werden die Juden gewarnt, in der Flottenfrage "dem Baader Eugen Richters zu folgen". Im zweiten Teil wird ihnen in Aussicht gestellt, mit Hilfe der verstärkten Flotte Palästina zu einem Neu-Deutschland zu machen.

Wenn das nicht zieht! Die Zionisten müssen ja nun Mann für Mann Flottenpatrioten werden. Auf nach Jerusalem! Danzig, 10. Januar. Wie die Danz. Blg. auf Grund eines gezogenen Erklungenen mitteilen kann, wird der Schriftsteller Dr. Richard Wrede, der zuletzt hier auf der Festung Weichselmünde eine Strafe verbüßte, aber, wie gemeldet, entwichen ist, zur Verhaftung aufgegeben werden. Am 2. November trat Dr. W. die Strafe in der Festung Weichselmünde an. Am Sylvesterabend wurde er auf 4 Stunden gegen Ehrenwort beurlaubt. Er ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt.

Brandenburg, 8. Januar. Der Dörrerlehrling Kurzynski aus der Gazette Grudziadla, der dem Untersuchungsrichter des Landgerichts Brandenburg den Namen des Verfassers eines Artikels nicht angeben wollte, ist in eine Geldstrafe von 100 Mark verurteilt worden. Wie schon gemeldet, hatte der Seherlehrling auf Befragen vor Gericht erklärt, er wisse, wer den inhaltlosen Artikel geschrieben habe, er könne aber den Namen des Verfassers nicht nennen, da er sich sonst als einen Dummen betrachten müsse. Kurzynski ist vorläufig zu 30 Mark Geldstrafe event. 6 Tagen Haft verurteilt worden. Kennt er nach dieser Verurteilung den Namen nicht, so wird, nach der Art. Vollzg., die Strafe progressiv weiter erhöht.

So steht es um den herzlichen Beugniszwang.

Marburg, 8. Januar. Der Verleger der Hess. Landeszeitung, Bader, wurde am 5. Januar von dem Sattler Heppe in einer Wirtschaft verarzt ins Gesicht geschlagen, daß Blut floß. Heppe hatte für die nächste Reichstagswahl als Kandidat einen Gefährten genommen Wiegand, der der Liebermann von Sonnenberg'sche Richtung angehört, empfohlen und dadurch eine Kritik der Hess. Landeszeitung veranlaßt. Heppe stellte Bader darüber zur Stelle und verachtete ihn, als letzter die Beantwortung seiner Fragen ablehnte, drei Schläge ins Gesicht. (Frankfurter Blg.)

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Gleich zwei Beilagen.

Heute Dienstag den 11. Januar beginnt unser Inventur-Räumungs-Verkauf.

Alle Preise für:
**Damen-Konfektion, Kleiderstoffe, Seidenwaren, Leinen- und
Baumwollwaren, Teppiche, Gardinen und Tischdecken**

sind staunenswert billig und gewähren wir während des Ausverkaufs noch

**10% Extra-
Rabatt**

auf alle Einkäufe.

Gebr. Salberg

8 Grimmaischer Steinweg 8.

Markthelfer Leipzigs.

Mittwoch den 12. Januar abends 1/2 Uhr

Oeffentl. Versammlung
im Saale der Flora, Windmühlenstr.
Alles näher an den Platzsäulen. [270]

Glaser!

Mittwoch den 12. Januar abends halb 9 Uhr

Oeffentl. Versammlung
im Saale der Flora, Windmühlenstr.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Gewerkschaftsbewegung. 2. Abrechnung
vom Unterstützungs-fonds. 3. Bericht über das Resultat der Karten und Rückgabe
derselben. 4. Gewerkschaftliches. [289]
Bahlreiches Erscheinen erwartet. Die Tarifkommission.

**Centralverband der Handlungsgehilfen
und Gehilfinnen Deutschlands (Bezirk Leipzig).**

Donnerstag den 13. Januar abends 9 Uhr

Oeffentliche Versammlung
im Coburger Hof, Windmühlenstrasse.

Vortrag des Herrn Dr. med. Frische über: Die Krankheitsursachen im Handel
und Gewerbe. — Nur zahlreichen Besuch bittet [284] D. W.

Verein d. Schmiede

Leipzigs und Umgegend.

Donnerstag den 13. Januar abends 1/2 Uhr [275]

General-Versammlung
bei Spieß, Seeburgstraße 5/5.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Vorsitzenden. 2. Bericht vom Kassierer und
den Nebiosoren. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Anträge des Vorstandes
und der Mitglieder. 5. Verschiedenes. D. W.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Metallarbeiter!

Infolge der am Sonntag stattgefundenen öffentlichen Versammlung
haben sich die Angelegenheiten bei der Firma Swidersky
bis auf weiteres erledigt, so daß die Werkstätte für sämtliche
Kollegen zur Nachfrage um Arbeit wieder offen steht. [288]

Das Agitationskomitee der Metallarbeiter Leipzig-West.
Restaurant zur Kauhalle, Plagwitz, Zimmersstr.

Hierdurch empfiehlt ich meinen vorzügl. Mittagstisch zu 50 Pf. im Abonnement
und zwar Suppe mit Braten oder Gemüse in diverser Auswahl.
Um zahlreiche gütige Unterstützung bittet Hochachtend Eugen Schubert.

R. Küchling, Bau- u. Nutzholz-Handlung

Leipzig-Plagwitz, Elisabethallee Nr. 65
empfiehlt sein großes Lager von Bahnholzern, Brettern, Zatten, Stoffen
und Stangen u. zu billigen Preisen. [10291]

PATENTE. Gebrauchs-Muster.

Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:

Ed. Breslauer, Ingenieur, Goethestrasse 7.

Donnerstag den 13. Januar abends 1/2 Uhr

Große

Wolfs-Versammlung

im Saale des Römischen Hofs

Mittelstraße 11.

Tagesordnung: 1. Die Mittelstandspolitik und die Arbeiterklasse.

2. Diskussion. [269]

Referent: Reichstagsabgeordneter Paul Reiss haus, Erfurt.
Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen.

Konsumverein Neuschönefeld u. Umgeg.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht in Liqu.

Die Abgabe unserer bisherigen Warenmarken erfolgt in unserem Comptoir
L.-Volkmarstdorf, Kirchstraße Nr. 58

und zwar die Nummern

1-900 am Montag den 17. Januar

901-1600 am Dienstag den 18. Januar

1601— Schluss am Mittwoch den 19. Januar

für die Mitglieder von Taucha

am Sonntag den 16. Januar von 1-4 Uhr nachm.

in Gläfers Restaurant Zum Deutschen Hans.

Nur Marken von 1 Mark an aufwärts werden angenommen, kleinere sind vorher in den

früheren Geschäftsräumen umzutauschen.

Die Liquidatoren.
Carl Gottschalg. Rob. Stange.

Hochlegante
Herren- und Knaben-Garderobe
dabei sehr billig, sind zu haben
Nikolaistr. 15, I., Sonntag.

Billige Möbel
Spiegel und Polsterwaren
kaufst man rell und solid bei [2818]

Ernst Rehm
vorm. H. Lange
Lindenau, Querstr. 4, Nähe der Post.

**Bettener als aus Privathand
Betten! Betten!**
besonders preiswert
Rote und bunte Inlets
Deckbett, Unterbett u. Kissen Mit. 10,
12, 70, 14, 50, 17, 75, 19, 50, Großes
Lager fein, Ausstattungsbett. b. 500 Pf.
Ökonomische Bettdecken, gut geriegelt,
Pf. 55, 80 d, 1,- 1,50, 2,- 4,50 Pf.
verkauft, so lange der Vorrat reicht.
Rünenberger Straße 22.

Löwen-Schänke

Inhaber: Karl Müller
Goldhahngäschchen I.

Mittwoch Anfang meines [274]
Bockbier-Ausschankes
verbunden mit humoristischem Konzert und
Kappen-Abend.

Marienbad

Leipzig-Neuschönefeld

Eisenbahnstraße Nr. 66.
Konradstraße 25.

Schwimmhafen 20°

Dampfbäder, russische, römisch-irische, Voll-
und Teil-Dampfbäder, Einwadvaden,
Spezialformen, anerkannt vorz. Massage.
Damenzeit von 1-4 Uhr nachm. Schwimm-
hafen, frischflairtes Wasser. Damenzeit:
Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2 bis
nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von
1/2-11 Uhr vorn. Bannenbäder I. u.
II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tages-
zeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh
6 bis abends 8 Uhr geöffnet.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Blaue in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

1. Beilage zu Nr. 7 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, den 11. Januar 1898.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

München, 10. Januar. Auf Grund einer Verfügung des Kriegsministers hatten unlängst sämtliche aktive Offiziere aus dem Verbande zur Wahrung der Interessen der bayerischen Radfahrer aufzutreten müssen, weil der Verband in einer Einschätzung der Regierung einen „ungeeigneten Ton“ angeschlagen habe. In der neulichen Generalversammlung leitete der Vorsitzende, Oberst z. D. Fehr. v. Rotenhau, mit, daß Prinz Ludwig Ferdinand das Protektorat beibehalten hat, während die Brüder Franz, Karl, Alphons und Herzog Siegfried als aktive Offiziere ausgetreten seien. Der Minister soll in Aussicht gestellt haben, daß nach einiger Zeit das Verbot aufgehoben werde. Ein opponierender Prinz ist auch eine schöne Gegenrede. Freilich droht der Kampf um den Spott!

Der Abgeordnete Genove v. Vollmar hat an den Landtag-Ausschuß zur Beratung der Anträge auf Abänderung des Gesetzes vom 26. Februar 1850, die Versammlungen der Vereine betreffend, den Antrag gestellt, die Regierung aufzufordern, eines Gesetzesvorlage anzuarbeiten, die eine gründliche Umgestaltung des bestehenden Gesetzes im Sinne unbeschrankter Versammlungs- und Vereinsfreiheit bewirken soll, indem an die Stelle der jetzigen Vorschriften einige wenige Bestimmungen nach Art der württembergischen und hessischen Verfehlung treten.

Falls der Ausschuß diesem Hauptantrag nicht zustimmen sollte, beantragt Vollmar die Einführung einzelner Bestimmungen, wonach alle Staatsangehörigen ohne Einschränkung an Versammlungen und Vereinen teilnehmen können, wonach ferner die Befugnisse der Polizei eingeschränkt werden und endlich das Verbot des Zusammenkommens politischer Vereine untereinander ohne weitere Hinzufügung befehligt werden soll.

Stuttgart, 9. Januar. Das Landgericht Heilbronn hat vorgestern sein Urteil im Prozeß gegen den Ephorus Palm, vom Maulbronner Seminar, über den die Volkszeitung in Nr. 1 berichtete, verklungen. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 1 Jahr 8 Monate Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren, event. Unbedingte Haft zur Verleidung eines öffentlichen Amtes auf die Dauer von 3 Jahren. Der Verteidiger hatte Freisprechung beantragt. Der Rechtspruch lautet auf 5 Monate Gefängnis. Wegen der Unterdrückung von Reise-Stipendiengeldern, die Palm sich von seinen Seminaristen quittieren ließ, ohne sie ihnen auszuzahlen, wurde er freigesprochen, da das Gericht annahm, es sei nicht erwiesen, daß Palm die Absicht der Unterdrückung gehabt habe! Schuldig gesprochen wurde er wegen Unterdrückung von Geldern aus der ihm anvertrauten Lehrrmittelkasse und wegen Nichtzurückerstattung unangemeldeter Stipendiengelder, also wegen zweier Amtsunterschlagungen und ferner wegen einer gewöhnlichen Unterschlagung, bestehend in Verwendung zur Ablieferung ihm anvertrauter Rosigelder zu persönlichen Zwecken. Die nicht geringen Kosten des Verfahrens hat Palm gleichfalls zu tragen bis auf die Ausgaben, die durch den Fall verursacht wurden, in dem Freisprechung erfolgte.

Die Kosten wollen aber für Palm nichts bedeuten, hat er doch zahlreiche hochstehende reiche Freunde, wie den Hofprediger Braun in Stuttgart, der Millionen erheiratete, und diese haben bereit erklärt lassen, daß sie ihren alten Kommilitonen aus allen finanziellen Schwierigkeiten befreien würden.

Die Strafen des Palm in den einzelnen Fällen, die über die gesetzlichen Mindeststrafen nicht hinausgehen, lanteten zusammen höher als das Urteil, durch Zusammenlegung der drei Vergehen aber hat das Gericht selbst das Mindeststrafmaß noch umgangen. Trotzdem ist Palm nicht zufrieden und wird Revision einlegen.

Mindestens soviel wird er dadurch erreichen, daß das Disziplinarverfahren gegen ihn hinausgeschoben wird, bis die Sache vor dem Reichsgericht entschieden ist, da vorher die Disziplinarbehörde die Akten nicht bekommen kann. So lange wird also der ehrenwerte Palm auch seine Bezüge einstecken. Aber ob die Kultministerialabteilung überhaupt disziplinarisch gegen ihren Schüler vorgehen wird, ist noch fraglich, denn die Handlungen des Palm, die vor dem Heilbronner Gericht öffentlich entblößt wurden, waren ihr zum größten Teil vor dem Prozeß lange bekannt und sie hat nichts gegen ihn unternommen, als nach 4-5maligen Reklamationen, die Palm unbeantwortet ließ, ihn mit 20 Pf. zu bestrafen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 11. Januar.

Neues Theater. (Undine von A. Lorzing.) Als Undine betrat in der gestrigen Vorstellung Fr. Magdalena Seebe zum erstenmal die Bühne. Die junge Dame bringt gute Anlagen zur Bühnenländerin mit. Ihr Organ ist besonders in der Mittellage von großer Kraft und Fülle. Die höhere Lage ist etwas schwächer, und die junge Sängerin bewegt sich hier sehr vorsichtig, indem sie die höchsten Töne nur leise anschlägt. In der Mittellage dagegen füllt sie mit Leichtigkeit die weiten Räume unseres Hauses, und hier erinnert ihr Organ in seinem Timbre an die schöne Stimme des Fr. Doenges. Nur muß sich Fr. Seebe noch das Tremolieren abgewöhnen, das die Klangschönheit ihres Organs zeitweise beeinträchtigt. Sonst scheint die Stimme flogisch geschult. Das Spiel war für eine Anfängerin lebhaft, die Textausdrücke im Gesang sowohl als in den Prologen gut und deutlich. Rechnen wir dazu noch eine hübsche, frische Bühnenerscheinung, so darf man wohl annehmen, daß es Fr. Seebe bei Fleiß und sorgfältiger Weiterbildung auf der Bühne an Erfolgen nicht fehlen wird. Mit ihrem ersten Aufreten darf sie zufrieden sein. Ich konnte mir gestern nur den ersten Akt der Vorstellung ansehen. Als sich nach diesem der Vorhang gesenkt hatte, mußte die junge Sängerin noch einigen unter dem lebhaftesten Beifall des Publikums vor der Rampe erscheinen. H. M.

— Die Literarische Gesellschaft in Leipzig, deren Abonnentenzahl auf 1450 gestiegen ist, veranstaltet nächsten Freitag den 14. Jan. abends 8 Uhr im oberen Saale des Hotel de Pologne ihren dritten Gesellschaftsabend. Es werden die Dichterinnen Frau Klara Viebig und Frau Anna Croissant-Rust eigene Dichtungen lesen. Der Vortrag der Frau Laura Marholm, der ursprünglich mit in Aussicht genommen war, mußte, da die Frau Marholm erkrankt ist, auf einen anderen Abend verschoben werden. Das Eintrittsgeld für sämtliche Veranstaltungen dieser Saison beträgt 15 Pf. Die Serie B bis D sind ausverkauft. Das Bureau der Literarischen Gesellschaft befindet sich Lampestraße 8, Souterrain rechts (geöffnet von 10 bis 1 und 4 bis 7 Uhr).

gem. Eine seltsame Galerie von Ehrenmitgliedern hat sich die „Sozialistische Vereinigung für Deutschland“ angelegt, die in dem Blatte: Der Sozialist erklärt, sie sei bestrebt,

Strasburg i. E. 10. Januar. Der kaiserliche Statthalter eröffnete den Landesausschuß mit einer Rede, die die Finanzlage als befriedigend bezeichnet. Der vorjährige Etat habe mit einem erheblichen Überschuss abgeschlossen; von dem diesjährigen Etat sei wegen erhöhter Ausgaben für Maßregeln zur Unterdrückung des Reblaus und für Unterstützung der durch Hagel schlag Geschädigten ein wesentlicher Überschuss nicht zu erwarten. Die Eröffnungsrede bezeichnet das vergangene Jahr als nicht besonders günstig für die Landwirtschaft und bespricht namentlich die durch Viehseuche und Hagelschlag verursachten Schäden. Unter den neuen Gesetzesvorlagen wird der Entwurf zur Regulierung des Rheines hervorgehoben, über dessen Ausführung bereits Unterhandlungen mit der badischen und der bayerischen Regierung schweben, ferner Vorlagen betreffend die Anlage von Binnenschiffen, betreffend Aufhebung des Dienstleistungskommissars des Lehrer und Lehrerinnen an Bürger- und Elementarschulen, betreffend die Kapital-Mietenssteuer und die Witwen- und Waisen-Pensionen.

In der vom Siecle veröffentlichten Anklageschrift gegen Dreyfus heißt es, daß Dreyfus häufig nach dem Elsass reiste, und daß die deutschen Behörden über seine Anwesenheit die Augen zuhielten, während andere französische Offiziere nur mit größter Schwierigkeit von den deutschen Behörden die Erlaubnis zum Aufenthalt im Elsass erhalten hätten. Die Strasburger Post ist auf Grund von Erkundigungen an zuverlässiger Stelle in der Lage, mitzuteilen, daß diese Behauptung auf einer ganz halluzinären Erfindung beruht. Im Wirklichkeit erbat Dreyfus im Juni und Juli 1892 Aufenthaltslaubnis, wurde aber beide Male abschlägig beschieden. Im Dezember 1893 erhielt Dreyfus wegen schwerer Erkrankung seines Vaters eine Aufenthaltslaubnis von fünf Tagen.

kleine politische Nachrichten. Der Landtag des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt ist auf den 18. Januar zu einer außerordentlichen Versammlung einberufen worden. — Das Reichsgericht hat das Verfahren gegen einen s. B. in Flensburg verhafteten Mann, Namens Bülow alias Schulze, gegen den die Voruntersuchung wegen Verrates militärischer Geheimnisse geführt wurde, eingestellt. — Aus Potenza (Italien) wird vom 10. Januar gemeldet: „Die Bevölkerung von Montecatino beginnt „Aussetzungen“. Es wurden Truppenverstärkungen dorthin abgefangen.“ Hungerauftand! — Aus Bombay (British-Indien) wird vom 10. d. Ms. gemeldet: Eine Abteilung Infanterie in Stärke von 150 Mann ist gestern wenige Stunden nach Eingang des Besuchs von hier nach dem persischen Meeresbusen abgegangen. Man glaubt, die Entsendung stehe mit der jüngst erfolgten Ermordung eines englischen Telegraphen-Beamten an der peripheren Küste in Zusammenhang. — Innerhalb der letzten 48 Stunden wurden 159 Neuerkrankungen an der Pest und 126 Todessfälle gemeldet. Seit Wiederausbruch der Pest sind insgesamt 408 Todessfälle vorgekommen.

Oesterreich-Ungarn.

Allgemeines Gemeindewahlrecht in Brünn.

f. s. Der Brünner Gemeindeausschuß hat beschlossen, den Reichsratswählern der allgemeinen Kurie das Gemeindewahlrecht zugestehen. Der Beschluß wurde unter dem Eindruck gewaltiger Arbeiterdemonstrationen gefasst. Die Gemeindewahlrechtsbewegung, die in Oesterreich überhaupt mächtig um sich greift, hat damit einen bedeutenden Erfolg erzielt. Brünn darf die erste größere Stadt Oesterreichs werden, in deren Rathstube die Arbeiter ihren Einzug halten.

Der böhmische Landtag.

Prag, 10. Januar. Der Landtag wurde heute wieder eröffnet. Der Zugang zu dem Landtagshause wurde durch Sicherheitswachen freigehalten. Vor dem Beginn der Sitzung traten die Klubs zusammen.

Der Obersandmann eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, die in ein dreimaliges, begeistert angenommenes Hoch und in Slava-Rufe auf den Kaiser auslief. Der Obmann der Kurie, der Großgrundbesitzer Groß Bouquin, beantragte die Einsetzung eines aus den Kurien und dem ganzen Hause zu wählenden 24-gliedrigen Ausschusses, der Anträge stellen soll, wie im Einverständnis mit den Vertretern beider Volksstämme die Sprachenverhältnisse des Landes geregelt werden können.

Abg. Schlesinger beantragte Aufhebung der Sprachenverordnungen. Es wurden Intervallen eingebrochen über die im August v. J. in Brüx vorgekommenen Leberversäume auf die Tschechen und wegen der stürmischen Vorgänge in Prag.

Das Volk zum persönlichen Selbstbewußtsein und Verfeinerung des Gefühlswesens zu erziehen. Als Chorpropheten laufen nämlich nebeneinander her M. v. Egidy, der neue Luther, Joh. Gottschall, der Kohlrabiapostel im Bürgergewande, der früher einmal der erste verantwortliche Redakteur des Berliner Volksblattes war, Dr. Eugen Heinrich Schmitz, der anarchistische Philosophenmann aus Budapest, und der Übermenschen Richard Dehmel aus Pankow.

Als diese vier Herren sind nach der Überzeugung der Vereinsgründer „hervorragende Charaktere in der Volksvereinigung“, jeder natürlich so gut wie er's gerade kann.

— Scheidungen in Preußen und Deutschland, sowie in einer Anzahl von europäischen Staaten. In Preußen nebst den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont sind während der Jahre 1881–96 durch rechtskräftig gewordene Urteile in beendeten Ehesachen überhaupt 64400 Ehen geschieden, 666 für richtig und 246 für ungültig erklärt worden. Von 100 000 bestehenden Ehen wurden in Preußen und Waldeck im Durchschnitt jährlich geschieden im Jahrhunderts 1881/82 67,62, 1886/90 80,55, 1891/92 86,77, im Jahre 1896 101,97. Die Scheidungen sind während der ganzen Beobachtungszeit häufiger geworden, und im Jahre 1896 sind von 100 000 bestehenden Ehen 101,97 gegen 50,19 im Jahre 1881 durch Scheidung gelöst worden. In 16 Jahren hat sich also die Häufigkeit der Scheidungen mehr als verdoppelt.

In Berlin wurden von 100 000 Ehen im Jahrhunderts 1886/90 302,4 und in den Jahren 1891/92 338,0 jährlich geschieden. In

der Stadt Hamburg kommen Scheidungen nahezu ebenso häufig vor wie in Berlin; dort sind von 100 000 Ehen im Jahrhunderts 1881/85 jährlich 242,4 und im Jahrhunderts 1886/90 jährlich 304,2 geschieden worden.

Im deutschen Reich wurden von 100 000 Ehen während des Jahrhunderts 1881/85 jährlich 60,1, und während des Jahrhunderts 1886/90 jährlich 77,6 geschieden. Nur in Mecklenburg und im preußischen Regierungsbezirk Westphalen hat die Häufigkeit der Scheidungen abgenommen, in den übrigen Teilen des Reichsgebietes dagegen zunommen.

Volkssitte, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse und Dichtigkeit der Bevölkerung sind neben der Gesetzgebung und dem Religionsbekennnis von großem Einflusse auf die Häufigkeit der Scheidungen.

In einigen europäischen Staaten, namentlich in Oesterreich, der

Böhm. interpelliert wegen der Vorgänge in Prag während der letzten Monate, Binas wegen Bedrückung des tschechischen Schulwesens in deutschen Schulgebieten. Baga beschwert sich wegen Nichtverleihung seines Antrages auf Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der jüngsten Ereignisse in Prag. Der Oberlandmarschall erklärt, der Antrag sei nicht genügend unterstützt und nicht zur Kompetenz des Landtags gehörig. Baga protestiert hiergegen, worauf der Oberlandmarschall erklärt, er werde den Protest der geschäftsbildungsmäßigen Behandlung zu führen.

In einer von dem Tschechenklub beschlossenen Proklamation wird unter Hinweis auf den Zusammentritt des böhmischen Landtages betont, daß das Tschechenvolk der Höhe der Ruhe und des Friedens sein werde. Sodann wird in der Proklamation erklärt, daß durch die Ausschreitungen nur jenen der größte Dienst erwiesen sei, die das Tschechenvolk durch Begegnung zu unüberlegten Handlungen bringen wollen.

Die Neuwahl.

Prag, 10. Januar. Unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Gouverneurs wurde heute die Podesta-Bürgermeister-Wahl vorgenommen. Mayländer wurde mit 43 Stimmen wieder gewählt. Bei der Anfrage, ob er die Wahl annähme, antwortete Mayländer: „Mit Freuden.“ Er könne jedoch auf die neuen Gesetze nicht den Eid leisten, da die Rappresentanza (Stadtvertretung) nicht befragt worden sei, ob die Gesetze eingeführt werden könnten. Hierauf suspendierte der Stellvertreter des Gouverneurs die Rappresentanza, da er nicht bevollmächtigt sei, diesen bedingungslosen Ausspruch zu akzeptieren.

Frankreich.

Nach immer Esterhazy-Dreyfus.

Paris, 10. Januar. Das gewöhnlich gut unterrichtete Pariser Blatt Matin (Der Morgen) erzählt, daß Dreyfus von dem Kriegsgerichte zuerst freigesprochen war, da habe man nur das geheime Altematerial gebracht, welches die angedeutete auf einer Botschaft gestohlene Schriftstücke enthielt. Ohne sich von der Echtheit der aus dem Kriegsministerium stammenden Urkunden zu überzeugen, nahm das Kriegsgericht eine neue Abstimmung vor, infolge deren Dreyfus einstimmig verurteilt wurde. Das heutige Kriegsgericht werde die Echtheit der geheimgehaltenen Schriftstücke abwarten.

Vor dem Gefängnis des Charchemidi, wo das Kriegsgericht gegen Esterhazy tagt, sind unter Leitung des Polizeipräfekten Schutzmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe getroffen worden.

In dem Anklagebeschluß heißt es, die Ansicht des Berichterstatters und die Schlussfolgerungen des Regierungskommissars gingen auf einen Einstellungsbeschluß hinaus. Da aber die Untersuchung nicht genügend Licht gebracht habe, um in voller Kenntnis der Sache ein „Rechtshuldig“ auszupredigen, werde Esterhazy unter der Ankladigung, mit einer fremden Macht im Einverständnis gestanden zu haben, vor das Kriegsgericht gestellt.

Unter den zur Verhandlung erschienenen bemerkte man mehrere Abgeordnete, die Frau des früheren Hauptmanns Dreyfus, die von den Rechtsanwälten Demange und Labori und von Mathieu Dreyfus begleitet war, ferner einen Regierungskommissar und den Major Herbier.

Der Vorsitzende des Kriegsgerichts, General de Ligner, gab den Befehl, den Angeklagten Esterhazy in den Saal zu führen. Nachdem dieser den Saal betreten hatte, begründeten die Rechtsanwälte Labori und Demange ihre Anträge, der Frau Dreyfus und Mathieu Dreyfus zu gestatten, dem ganzen Verfahren beizutreten. Major Herbier und Esterhazys Anwalt Tezenas traten diesen Forderungen entgegen, worauf das Kriegsgericht die Anträge ablehnte.

Auf den Namenaufruf der Zungen antworteten unter anderem Mathieu Dreyfus, Senator Scheuer-Lefèvre, Major du Paty de Clam, Oberst Picquart, Oberst Henr. und General Gouffé. Der Regierungskommissar beantragte, die Verhandlung bei verschloßenen Thüren zu führen. Das Kriegsgericht beschloß indessen nach einstündigem Beratung mit fünf gegen zwei Stimmen, die Verhandlungen sollten bis zu dem Augenblick öffentlich sein, wo die Öffentlichkeit für die „nationale Verteidigung“ gefährlich erscheinen würde.

Nachdem hierauf der Bericht des Majors Navary verlesen war, unterbrach das Kriegsgericht die Sitzung bis zwei Uhr nachmittags.

Schweiz, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Dänemark und Norwegen werden Ehen nicht nur durch Scheidung dauernd, sondern auch durch Trennung der Haushaltungsgemeinschaft (in der Schweiz aus Zeit, in den übrigen Staaten durch Scheidung von Ehem und Bett) gelöst, und in Frankreich sind nach geistiger Einführung der Scheidung seit dem 1. September 1884 bis gegen die Mitte des Jahres 1886 eine große Zahl getrennter Ehen nachträglich geschieden worden, während späterhin die Zahl derartiger Scheidungen von Jahr zu Jahr gesunken ist. In Italien finden nur Ehescheidungen statt, in Ungarn, Rumänien, England mit Wales, Schottland, Irland, Schweden und Finnland nur Scheidungen.

Auf je 100 000 bestehende Ehen fallen in den genannten Staaten im Durchschnitte jährlich Scheidungen durch Scheidung oder Trennung:

Staat	1871/75	1876/80	1881/85	1886/90
Österreich	• • •	•	19,4	19,7
Ungarn	• • •	31,6	30,4	30,5
Rumänien	• • •	32,7	37,3	52,8
Italien	• • •	13,0	11,8	10,6
Schweiz	• • •	257,1	235,3	208,8
Frankreich	• • •	27,0	39,9	75,9
England mit Wales	• • •	4,4	6,5	7,0
Schottland	• • •	6,9	12,3	13,0
Irland	• • •	0,6	0,6	1,1
N				

Der Bericht des Majors Navach erinnert an die Umstände, die in Matthieu Dreyfus Verdacht gegen Esterhazy ereigneten, und die ihn veranlaßten, ihn bei dem Kriegsminister zu denunzieren; der Bericht stellt ferner fest, daß infolge der Aehnlichkeit der Handschrift in dem Dreyfus'schen Verzeichnisse mit derjenigen Esterhazys auch bei dem Obersten Picquart Verdacht entstanden sei, und bemerkt, daß Esterhazy alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen von sich weise und leugne, der Verfasser des Bordereau zu sein. Esterhazy behauptet, es sei materiell unmöglich, daß er die Schriftstücke besessen haben könnte, von denen das Bordereau spräche; die Sachverständigen in Schreibsachen hätten auch ihrerseits erklärt, daß Bordereau sei nicht das Werk Esterhazys.

Der Bericht behauptet sodann, Oberst Picquart habe in dieser Angelegenheit schwer gefehlt und sich der Zudiskretion schuldig gemacht. Als seine Vorgesetzten ihn aufgefordert hätten, nicht auf seinen Behauptungen zu beharren, habe er in einem Augenblicke der Erregung ausgerufen: "Ah, Sie wollen nicht voran, ich werde Sie dazu zwingen!" Picquart hätte hinzugefügt: "Sie merken wohl, daß eine schreckliche 'Carnage' sich vorbereitet." Picquart scheine die Seele dieser "Carnage" gewesen zu sein; er wurde im Jahre 1896 dabei überrascht, wie er in einem Schrank wählte und mit dem Advokaten Leblois geheime Aktenstücke durchstöberte.

Der Bericht gelangt zu dem Ergebnis, von der traurigen, so schlau eingefädelten Angelegenheit bleibe nichts übrig, als ein peinlicher Eindruck, der einen schmerzlichen Widerhall finden werde in allen wahrhaft französischen Herzen! Alle dabei aufgewendeten Mittel hätten den Zweck, eine Revision des gesetzmäßig und gerecht gefallenen Urteils zu erlangen. "Dem zu schließen, sagen wir, daß, wenn die Anschuldigungen gegen Esterhazy im stande wären, die öffentliche Meinung zu erregen, kein stichharter juristischer Beweis von seiner Straftatheit erbracht worden ist, und daß die mißhevolle Voruntersuchung keine genügende Belastung Esterhazys hat ermitteln können, um eine Anklage auf Hochverrat gegen ihn zu begründen. Wir sind der Ansicht, daß es angezeigt ist, einen Einstellungsbeschluß ergehen zu lassen."

Während der Unterbrechung der Sitzung war Esterhazy, begleitet von einem Offizier, in einen Saal des Erdgeschosses geführt worden.

Nachdem das Kriegsgericht die Sitzung wieder aufgenommen hatte, erzählte Major Esterhazy auf Befragen, ein anonymes Brief, der die Unterschrift "Esperanza" trug, habe ihm davon in Kenntnis gesetzt, daß ein Komplott gegen ihn angezettelt sei. Er habe ihn in der Nähe der Alexander-Brücke von einer verschleierten Dame erhalten, deren Namen er nicht kenne. Er habe den Kriegsminister Billot und den Präsidenten der Republik hierauf benachrichtigt. Esterhazy fügte hinzu, er habe im Februar 1898 einen langen eigenhändig geschriebenen Bericht abgesandt, von dem er glaubte, daß er ihm von einem Offizier abverlangt sei. Später habe die Polizei entdeckt, daß das Verlangen von Gadomard, dem Schwiegervater Dreyfus', herzurühren scheine.

Das weitere Verhör des Angeklagten nahm folgenden Verlauf: Vorsitzender General de Lixier: Matthieu Dreyfus faßt seine Anklage genauer dahin, daß er behauptet, das Bordereau sei von Ihnen geschrieben. Angell.: Dem widerspreche ich voller Entrüstung. Vorl.: Matthieu Dreyfus bleibt seiner Darstellung be stehen, daß Sie seit dem Zeitpunkte der Verurteilung seines Bruders Ihre Handschrift geändert haben. Angell.: Das beweist, daß er meine Handschrift besser kennt, als ich selber. Der Vorsitzende berichtet sodann die verschiedenen in dem Bordereau aufgefundenen Schriftstücke, woran Esterhazy ausführliche Erklärungen giebt, um zu beweisen, daß diese Stücke nicht von ihm hergegeben sein könnten.

Der Vorsitzende führt hierauf fort: Matthieu Dreyfus schlägt seine Anklagen, indem er Ihre schwierige und infolge Ihrer übermöglichen Ausgaben verhältnismäßige Lage hervorhebt. Angell.: Dies sind moralische Anklagen, welche, wenn sie begründet wären, ohne Wert sein würden; dies würde doch nicht einschließen, daß ich ein Verbrecher bin; meine ganze militärische Vergangenheit streitet gegen eine derartige Anklage. Vorl.: Oberst Picquart sagt aus, daß er im Nachrichtenbüro des Kriegsministeriums eine an Sie adressierte Karte gefunden habe, welche für Sie sehr komplizierte Dinge enthielt. Angell.: Diese Karte habe ich nie erhalten; sie ist das Werk eines Fälschers und wurde nie an mich gerichtet; ich werde dies vor dem Gerichtshofe durch Zeugen beweisen.

Sodann beklagte sich der Angeklagte, daß man in sein Haus eingedrungen sei und dort geplündert habe. "Ich hielt es zweit für das Werk des Matthieu Dreyfus; ich habe jedoch den Beweis erhalten, daß es das Werk des Obersten Picquart war, obgleich es mir unmöglich schien, daß ein französischer Offizier einer solchen Handlung gegenüber einem seiner Kameraden fähig sei." Vorl.: Kurz gesagt, Sie beschuldigen also den Obersten Picquart, daß er Ihre Briefe weggenommen und einen Einbruch in Ihre Wohnung veranstaltet habe? Angell.: Ja, durchaus! Vorl.: Sind Sie mit dem Nachrichtendienst im Kriegsministerium vertraut gewesen? Angell.: Ja, vor 20 Jahren. Im weiteren Verlaufe des Verhörs verließ der Präsident die militärischen Dienstzeugnisse des Majors Esterhazy, die sehr lobend lauten. Esterhazy sagt hierauf: Ich glaube, die Zeugnisse meiner Vorgesetzten sind mehr wert, als alle gegen mich von zweideutigen Agenturen gegebenen Auskünfte.

Hierauf wird zum Zeugenverhör geschritten: Der erste Zeuge ist Matthieu Dreyfus. Er sagt aus, ohne Fachmann zu sein, genüge es, die beiden Handschriften, die Esterhazy's und die auf dem Bordereau zu vergleichen, um zu erkennen, daß sie von derselben Hand herrühren. Zeuge giebt sodann eine graphologische Auseinandersetzung und sagt, die Thatache, daß Esterhazy gefügt habe, seine Handschrift zu verändern, sei ihm sehr wesentlich. Der Zeuge erhebt hierauf gegen Esterhazy den Vorwurf, er habe einen Brief geschrieben, in dem er sagte, er könne nur durch ein Verbrechen aus seiner Lage herauskommen. Zeuge fügt hinzu: "Esterhazy, der die Ehre hatte, die französische Uniform zu tragen." (Heftige Ausrufe.) Dreyfus muß in seinen Aussprüchen abbrechen.

Der Verteidiger Tegerns erklärt, ganz Frankreich werde mit Schmähchriften überzawankt, die auf Esterhazy hinzuzeigen. Er (Tegerns) möchte wohl wissen, wer die hiermit erforderlichen ungehöheren Summen zahle. Dreyfus erwidert, das sei seine Angelegenheit, nicht diejenige Tegerns'. (Mehrere Anwesende rufen "Elender". Große Erregung.) Es folgt das Verhör Scheurer-Kestner.

Scheurer-Kestner sagt aus, nachdem Matthieu Dreyfus ihn im Jahre 1896 aufgezocht hatte, seien ihm Zweifel über die Schuld des Bruders des Dreyfus gekommen und er habe sich an Billot und Freycinet gewandt, die ihm rieten, sich nicht

mit der Angelegenheit zu befassen. Nachdem jedoch Matthieu Dreyfus in der letzten Zeit wieder bei ihm gewesen wäre, habe er versöhnlich Nachforschungen angestellt, denn auch Nichter könnten sich irren. Die Nachforschungen hätten ihm den Beweis erbracht, daß das Bordereau nicht von der Hand des Dreyfus herühre. Er habe in Erfahrung gebracht, daß man im Kriegsministerium überzeugt war, daß das Bordereau von Esterhazy herühre, namentlich seien Picquart und General Gonc hiervom überzeugt gewesen. Er (Scheurer) habe sich sodann an den Kriegsminister Billot gewandt, mit der Bitte, ihm Beweise für die Schuld des Dreyfus zu bringen. Billot habe geantwortet, er könne das nicht, und Moline, der Ministerpräsident, an den er sich ebenfalls wandte, verwies ihn an Billot. Auf eine Anfrage Tegerns erklärt Scheurer-Kestner, er habe sich für Dreyfus bemüht, da dieser sein Landsmann sei. Tegerns fordert Scheurer-Kestner auf, seine berührten Aktenstücke vorzuzeigen. Scheurer-Kestner erwidert, er habe keine Aktenstücke, aber der Advokat Leblois besitzt solche.

Nach Scheurer-Kestner wird Autant, der Eigentümer der Wohnung, die Esterhazy für seine Mätresse gemietet hatte, verhört. Er erklärt, "otto dame" ("diese Dame") habe ihn gebeten, den Mietvertrag rücksichtig zu machen, da Esterhazy sich das Leben nehmen wolle. Esterhazy bestreitet, daß seine Mätresse derartige Abschürungen habe ihm können. Madame Pays, die Mätresse Esterhazys, bestreitet ebenfalls, sie gehan zu haben.

Der Präsident konfrontiert hierauf Autant und Madame Pays, die beide ihre Behauptungen aufrecht erhalten.

Weil, ein früherer Freund Esterhazys, dem er Geld leih, bestreitet, der Bruder Dreyfus einen Brief Esterhazys ausgeliefert zu haben, in welchem dieser ihm von seiner gedrückten Lage berichtet. Matthieu Dreyfus erklärt, diesen Brief von Bernard Lazare erhalten zu haben, welcher ihn wiederum von dem Rabbiner Bodochan erhalten habe. Esterhazy macht Weil bittere Vorwürfe, daß er einen ihm seit zwanzig Jahren befreundeten Menschen verraten habe.

Hierauf wird der Geschäftsführer der Agentur in der Passage de l'Opéra vernommen, der Esterhazy nicht als denjenigen wiedererkennet, der ihm einen Brief mit Drohungen gegen die Familie Dreyfus übergeben habe.

Nach dieser Zeugenaussage wurde nach kurzer Beratung der Ausschluß der Oeffentlichkeit verkündigt. Nachdem sodann noch Oberst Picquart verhört worden war, wurde die Verhandlung um 7 Uhr 10 Min. auf morgen vormittag 9 Uhr verlegt.

Wie Pariser Blätter melden, will Jaurès (Soz.) über den Prozeß Esterhazy in der Kammer interpellieren.

Italien.

Zur Teilnahme an der fünfzigjährigen Jubelfeier der sizilianischen Revolution ist das italienische Kronprinzenpaar am Montag in Begleitung des Ministers Brun und eines glänzenden Gefolges an Bord der Trinacria, eskortiert vom Levante und Dogali in Palermo eingetroffen. Welche Komödie! Derweil wird die Arbeiterklasse Italiens geschnickt und gehegt, der Staat ist eine Versicherungsgesellschaft der Ausbeuter auf Gegenseitigkeit, und die Freiheitskämpfer und ihre Nachkommen sind Heloten geworden.

Serbien.

Weshalb wurde Milan Generalissimus?

Wenn man, so schreibt der Belgier Correspondent der Kreuzzeitung, die wechselseitigen Bestrebungen und Wandelungen des Könige Milans richtig deute, will, so wird man in erster Reihe immer danach fragen müssen, wie es um seine Taschen bestellt sei, ob in seiner Kasse Ebbe oder Flut bestehe. König Milans hat sich zum Verlassen des Landes bestimmt lassen, weil er Geld braucht, und wenn er wiederkehre oder wieder aufziehen drohte, so handele es sich immer wieder darum, sich Geldquellen zu eröffnen. Nun ist wieder Ebbe eingetreten und König Alexander mußte darauf bedacht sein, seinem Vater zu Hilfe zu kommen. Dass ihm der Finanzminister über den Umsatz seiner geschicklich festgestellten Kapanage hinausgehende Beiträge zur Verfügung stelle, ist unmöglich, es müste daher ein gut dotierter Posten für ihn geschaffen werden. In diesem Sinne wird wohl in erster Linie die Ernennung des Königs Milans zum Generalissimus der serbischen Armee aufzufassen sein.

Australien.

Ein Panama in Queensland.

Brisbane (Queensland), Ende November. Ein Bankraub ohnegleichen, wie ihn selbst Australien noch nicht erlebt, beschäftigt, wie man der Vossischen Zeitung schreibt, gegenwärtig die öffentliche Meinung. Zu Ende der siebziger Jahre wurde hier, um dem wucherischen Treiben der massenhaften Privatbanken zu begegnen, die Queensland Nationalbank errichtet. Sie nahm etwa dieselbe Stellung ein, wie in Deutschland die Reichsbank und stand unter der Oberaufsicht des Finanzministers. Die Bank hatte in erster Linie die Aufgabe, Farmer, Minen und Gewerbetreibenden gegen billigen Kredit Vorschüsse zu leisten, auch selbst Handelsgeschäfte zu betreiben. Es war schon lange öffentliches Geheimnis, daß etwas faul war, und als der erste Director der Bank starb und der langjährige Finanz- und Premierminister Sir Th. McIlwraith zurücktrat und ins Ausland ging, da drog man im Parlament auf Einlegung einer Untersuchungskommission. Diese hat jetzt, nachdem ihr "Schuh gegen jedermann" zugelegt worden ist, einen ausführlichen Bericht veröffentlicht, der haarscharfende Dinge auf Licht bringt: die Verluste der Bank betragen nicht weniger als rund 70 Millionen Mark!

Die Kommission stelle fest, "daß die Mehrzahl der eingegangenen Geschäfte von Anfang an unverständlich (injudicious) gewesen sei". 1892 mußte die Leitung der Bank bereits 12 Millionen Mk. bei der Bank von England borgen, d. h. die Regierung entnahm dort diese Summe, angeblich um Zinsen für Staatsanleihen zu zahlen, in Wirklichkeit aber griff sie damit der Bank unter die Arme. Nun ging es immer weiter bergab; man vergriff sich an den Depots, stellte falsche Bilanzen auf und verteilt Dividenden, während die Bank mit Verlust arbeitete.

Als der Generalverwalter starb, schuldet er persönlich der Bank 1300000 Mk., und der in England weilende frühere erste Minister Mc Ilwraith steht mit nicht weniger als 9540000 Mk. im Schuldregister. Er weigert sich natürlich (aus "Gesundheitsrücksichten"), der Aufforderung, zur verantwortlichen Vernehmung nach Australien zu kommen, Folge zu leisten.

Der Arbeitsschreiber Glasson hat im Unterhause den Antrag gestellt, jedem Ministerium das Vertrauen zu verweigern, das Sir Hugh Nelson (den jetzigen Premier) und A. Barlow, dem Ilwraith'schen Ministerium angehörig, zu Mitgliedern zählt. Der Ausgang der Ministerkrise ist ungewiß.

An die Parteigenossen Sachsen!

Die Landeskongress der Sozialdemokraten Sachsen findet

am 23. und 24. Januar 1898

in Leipzig (Gasthof zur goldenen Krone)

Leipzig-Connewitz, Leipziger Straße

statt. — Die Verhandlungen beginnen vormittags halb 11 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Central-Agitations-Komitees. Referent: Genosse Emil Giehorn, Dresden.
2. Die Tätigkeit der Landtags-Faktion. Referent: Genosse Herm. Goldstein, Bautzen.
3. Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Aufführung der Kandidaten. Referent: Genosse Fritz Geyer, Leipzig.
4. Organisation und Agitation. Referent: Genosse Heinrich Weßler-Dresden.
5. Die Parteipresse. Referent: Genosse Julius Seifert-Bautzen.
6. Bestimmung des Sitzes des künftigen Centralagitations-Komitees.
7. Anträge ic.
8. Wahl des Ortes für die nächste Landeskongress.

Anträge, die auf der Landeskongress zur Verhandlung kommen sollen, sind bis zum 15. Januar n. Z. an Unterzeichneten einzusenden; dieselben müssen vom Bureau der Versammlung oder vom Vertrauensmann mitunterzeichnet sein. Es wird den Genossen empfohlen, nicht mehr als vier Delegierte aus jedem Reichstagswahlkreis zu entsenden.

Nur mit Mandat versehene, in öffentlichen Versammlungen gewählte Delegierte haben Stimmrecht. Mandatsformulare werden nicht verordnet.

Dresden, 18. Dezember 1897.

Poppitz 14, 2. Et.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion

J. A. Hermann Goldstein.

Aus dem Landtage.

r. Dresden, 10. Januar. Nach beendeten Weihnachtsferien trat heute mittag 12 Uhr der Landtag wieder zusammen. Der zweiten Kammer lagen in der heutigen Sitzung zur Schlusserörterung die Titel 38, 44, 61 und 62 des außerordentlichen Gesetzes 1898/99 vor. Es werden dort für Erweiterung des Bahnhofes in Döberitz 350000 Mk. (erste Rate), für Erweiterung des Bahnhofes in Erdmannsdorf 187000 Mk., für die Verlegung der Staatsstraße von Bischopau nach Ehrenfriedersdorf auf Bahnhof Willischthal 77000 Mk., und für die Herstellung eines vierten Gleises auf der Bahnhofstraße von Pleschen nach Gößwig 644500 Mk. gefordert. Die Summen wurden nach Bericht und auf Antrag der Deputationsreferenten Abg. Wehner und Behrens statt und einstimmig bewilligt.

Morgen sollen eine Reihe von Petitionen in der Schlusserörterung zur Erledigung kommen.

Eine Interpellation, die Bekämpfung der durch den Bischöflichen Hund erzeugten Gefahren betrifft, hat der Abg. May im Landtag eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

1. Hat die königliche Staatsregierung Kenntnis von den besonders in letzterer Zeit oft vorgenommenen Schäden, die durch die Tollwut der Hunde in Sachsen vorgekommen sind und was geboten ist die Regierung zur wirksamen Bekämpfung dieses Uebelstandes zu thun?
2. Würde es sich wohl empfehlen, in der in Dresden bestehenden Tierärztlichen Hochschule oder in einer anderen Hessenstadt des Landes eine Impfanstalt nach der bekannten Bastei-Methode einzurichten?
3. In der Begründung heißt es zum Schlus: Wie aus Sebnitz berichtet worden ist, so sollen sich gegenwärtig über 80 Menschen allein nur aus Sachsen nach Wien begeben haben, um dort eine gleiche Kur zu gebrauchen. Dies letztere legt die Frage nahe, ob es wohl angezeigt sein möchte, auch für unser Vaterland Sachsen eine solche Heilanstalt zu gründen, damit es auch den unbemitletesten Menschen möglich gemacht wird, nahe der Heimat eine solche Heilanstalt besuchen zu können.

Soziale Rundschau.

Elsterberg, 10. Januar. Die Arbeiter der Firma Kießig u. Heyer, denen, wie wir kürzlich mitteilten, eine Lohnreduktion angekündigt war, haben einstellig beschlossen, gegen diese Zusammung Front zu machen. Sie ließen der Firma eine Erklärung überreichen, in der gesagt wurde, daß schon die jetzige Höhe in seinem Verhältnis mehr zu den Lebensmittelpreisen stehen, und daß sie bereit seien, wenn die Auflösung nur spärlich vorliege, eine längere Arbeitszeit einzuführen. Zu der Unterhandlung erzielten die Arbeiter das Zugeständnis, daß zunächst nur die Hälfte der angekündigten Lohnherabsetzung durchgeführt wird. Schließlich schelten aber die Unterhandlungen und die Arbeiter legten die Arbeit nieder.

>> Dortmund, 9. Januar. Eine von etwa 2000 Personen besuchte Bergarbeiterversammlung nahm nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Möller über die schwere Schlagwetterexplosion auf dem Kaiserstuhl einstimmig folgende Resolution an:

In Abbruch dessen, daß nach Ausweis der deutschen Unfallstatistik die tödlichen Verletzungen im Bergbau innerhalb des letzten Jahrzehnts nicht gefunden sind, eher sich vermehrt haben, während die ausländischen Bergmännischen Todesziffern fast durchweg eine Abnahme zeigen, die schweren entzündungspflichtigen Unfälle im deutschen Bergbau sich fast durchweg verdoppelt, erscheint eine durchgreifende Reformierung der deutschen Berginspektion als unabdingbares Bedürfnis.

Unseres Erachtens wird das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter weit besser geschützt, wenn man den heute antirenden, an Zahl völlig ungünstigen Berginspektoren Hilfskontrolleure auf den Nächsten der Arbeiter zur Seite stellt. Diese Hilfskontrolleure müssen in geheimer, direkter, vom Unternehmer völlig unbeeinflußter Wahl, von den Bergleuten gewählt, vom Staat bevoiligt und befolgt werden.

Für die Weiterführung auf den Gruben ist jedoch beim Steinkohlenbergbau auf jeder in Förderung stehender Schachtanlage ein besonderer Beamter anzustellen.

Diese Reform der Berginspektion wird von der Arbeiterschaft für so durchaus notwendig, gebeten, daß sollte es nicht anders möglich sein, sie sogar die Befolzung der Hilfskontrolleure übertragen.

Nach Schluss der Versammlung ließen sich über 100 Bergleute in den Verband aufnehmen.

Die Arbeitshäuser in Bayern hatten im vergangenen Jahre den geringsten Gefangenenzustand seit 1880. Eine Wirkung des wirtschaftlichen Aufschwunges des letzten Jahres!

Bom Parteihaußhalt.

Bei dem Unterzeichneten sind im Monat Dezember folgende Parteibeträge eingegangen:

Flugsburg II. 20.— Altona, v. Arbeitern v. G. P., Winkelstr. 15.— Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kr. 100.— darunter v. Genossen Petermann 10.— 3. Kr. 320.— (darunter S. C. W. 20.—). 4. Kr. (Osten) 1000.— (darunter Ost 10.—, rote Kindtaufe bei Krippehn 2.—, Bierprozent von acht Tischlern aus der Möbelfabrik von Bölling u. Hirsch 20.—, Buchbinder aus der Stövenmühle Straße 6.—). 6. Kr. (Wedding und Oranienburger Vorstadt) 700.— (darunter Nordkanne 20.—, neu geborener Kapitalist 12.—, auf dem Stiftungsfest des Gefangv. Nordwacht durch Frauen gesammelt 2.03, Cigarren-Prozent d. C. F. 21.85). 6. Kr. (Schön. Vorst.) 250.— (darunter N. L. 1.50). Berlin, diverse Beiträge: P. S. 50.—. A. B. 50.—. Dr. L. U. 50.—. Hoch August! 50.—. Ertrag der Zeitungstaschen von R. R. 7.—. Die Möbelpolierer von J. A. Treue, Wiener Str. 44, 5.—. L. und H. B. 10.—. Schierig aus Plötzensee 20.— Geburtstag d. Genossen Bräutig 2.80. Tapziererwerkstatt Landsberger Str. 92, 100.—. Buchbinderei von M. Bading 10.—. Häuf Hutmacher Königkeit, 25 5.—. Rohgürtler der Firma Calm n. Bender 25.—. Rote Buchbinderei, Grünstr. 5.—. Von Mitgliedern des deutschen Buchdrucker-Verbandes im Vorwärts 150.—. Notar Condeusstudent 20.—. Vergolber, Wrangelsstr. 5.—. Gutenberg 100.—. Auf zur Reichstagswahl 8.—. Sparpfennige der Löwischen Gürtler 4.50. Bierprozent der Geschäftsbüchereifabrik von H. Bumpe, Oranienstr. 5.—. Von Mitgliedern der U.-Dr. 5.40. Bernburg 10.—. Bremen 300.—. Bünzlau, d. d. Verbrauermann 25.—. Blinde i. W. gesammelt auf einer roten Hochzeit in S. b. B. 2.—. Bramsche (4. Hannoverscher Wahlkreis), v. Genossen 5.—. Bremen 100.—. Bamberg, Jäcklein Rohrbach 5.—. Bern, P. L. 50.—. Cottbus, S. 10.—. Crimmitschau 200.—. Cunnersdorf i. Schl., von Genossen 10.—. Dresden, 4. sächs. Reichstag-Wahlkreis 500.—. Erfurt, roter Bädagog 8.—. Elberfeld 200.—. Fallenberg (Oberschl.) 6.—. Greiz, vom Wahlkreis Meißn. 2. 50.—. Gera (Meißn) 50.—. Gießen, E. K. 5.—. Hildes 10.—. Harburg, Dr. E. H. für einen in Hamburg bei den Buchdruckern gehaltenen Vortrag 30.—. Hamburg, diverse Beiträge: Fortuna von 1888 Cependorf 30.—. Von den Störmachern bei C. u. W. Schrader 11.—. Hochzeitsfeier Schlumpf 5.—. A. B. Postbote 8.—. Freiheit, v. Hammel, Gerichtstr. 10.—. Arbeiter d. Simonschen Schuhfabrik, 1. Platz 16.—. Iphoe 100.—. Kellinghusen von Hönschs Cigarettenfabrik 30.—. Luxemburg, L. 200.—. Augau, weil zweimal unschuldig verurteilt 5.—. München, Waldbläser 5.—. Meißen, von sechs Nebenlebenen 11.51. München, Genossen des Gärtnerplatz-Bierfelds 36.30. Marburg, ein Einser 10.—. Mainz, gesammelt von roten Goldschmieden 4.—. Nordische Wasserlante 30000.—. Nürnberg, fürs Recht gesammelt 5.—. Neuburg 20.—. Ochsen, rote Kindtaufe 1.60. Ochsen, 11. sächs. Wahlkreis 10.—. Birna, Rolle Gottsenbathal 6.—. Richenhain 12.50. Reichenbach i. B. 50.—. Stuttgart, G. II. 10.—. Gohl, Wahlkreis Schlesien 20.—. Schwibus, Hochzeit 1.80. Eagan, durch den Verbrauermann 3.—. Saarabien, aus dem darauf, nicht weiter zu gehen. Als sein energisches Auftreten

Königreich Stumm 10.—. Stolpfurt, v. d. Parteigenossen 20.—. Tambach-Dietharz i. Th., von Genossen 5.—. Würtemberg 50.—. Wilan, rote Kindtaufe 5.—.

In der Quittung in Nr. 240 des Vorwärts vom vor. Jahre über die Eingänge im Monat September vor. Jahres nach es unter den Einzelbeiträgen des 4. Berliner Wahlkreises (Ost) nicht heißen Überblick Geburtstagseifer C. V. 8.—, sondern Geburtstagseifer bei Böhl 5.—.

Berlin, 6. Januar 1898.

Für den Parteivorstand:

A. Grisch, Käffebachstr. 9, I.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 8. Januar.

Der diebstählerische Geldschrank. Der Bädermeister Sch. in Connewitz hatte sich einen diebstahlerischen Geldschrank geleistet, um seine „Asche“ vor Brand und Langfingen zu sichern. Nichtdestoweniger wurde er dennoch von seinen Verläuferinnen bestohlen und zwar erlangten sie gerade aus dem diebstählerischen Schrank Geldbeträge. Sch. hatte die Gewohnheit zwar seinen Geldschrank zu verschließen, aber den Schlüssel auf den Schrank zu legen. Mittels des Schlüssels war es den Verläuferinnen leicht, zu des Bäters Schäden zu gelangen. So hat die sechzehnjährige Verläuferin Emma Marie H. aus Thonberg insgesamt 88 Mk. und die 16 Jahre alte Verläuferin Martha Margarete Meyner aus Connewitz 1084 Mk. aus dem Geldschrank entwendet. Für einen Teil der Summe haben sich die Diebinnen Gardnerobe, Wäsche und Schnupftaschen gekauft, den größten Teil aber dem 18-jährigen Dienstmädchen Anna Dorothe Sophie Schröder aus Connewitz gegeben. Die H., die im Laden Sophie nicht besitzen durfte, gab ihr den ganzen erlangten Betrag, die M. 503 Mk. Das nichtverbrauchte Geld legten sie bei der Sparkasse zuständig an, so dass, als der Diebstahl entdeckt wurde, der Bädermeister dieses Geld wieder erlangte. Die III. Straflammer verurteilte wegen Diebstahls die H. zu einem Monat und die M. zu acht Monaten, wegen Habserei die Sch. zu acht Monaten zwei Wochen Gefängnis. Bei der M. und Sch. wurden je sechs Wochen der Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

Ein polizeiliches Schildbürgertümlichkeit. Der Gendarm M. hatte am 21. Oktober den 52-jährigen Gewohnheitsbetrüger B. aufgegriffen und einstweilen in der Arrestzelle in Fuchsheim untergebracht. Da er selbst dienstlich verhindert war, B. nach Grimma zu transportieren, so beantragte er den 51 Jahre alten Gemeindedienner Friedrich Wilhelm Gotsch mit dem Transport. Dies war für G. ein noch nicht vorgekommener Fall, war doch ein Transport nicht in seinem Dienstprogramm vorgesehen. Auch hatte er für solche Fälle eine Instruktion nicht erhalten. G. zeigte sich bereit, den Transport auszuführen und wanderte mit B. nach Naunhof, um von dort mit ihm per Bahn nach Grimma zu fahren. Bis zur Flurgrenze von Fuchsheim ging die Sache auch ganz gut, dann aber weigerte sich B. weiter zu gehen. Durch gütliches Zureden brachte der Gemeindedienner B. zwar noch ein Stück Weges, dann beharrte B. aber darauf, nicht weiter zu gehen. Als sein energisches Auftreten

bei B. auch nicht die gewünschte Wirkung hatte, überlegte G. was er thun könnte, um B. seinem Ziele zuzuführen. Plötzlich erlensete ihn ein genialer Gedanke; er erklärte, dass er nach Naunhof hineingehen und den Wachmeister holen werde und befahl seinem Gefangenen, auf ihn zu warten. Selbstredend war B. damit zufrieden. Gotsch zog über ein ziemlich langes Gesicht, als er von Naunhof wieder kam und an der bewussten Stätte vergeblich nach seinem Schüling suchte. Seine „Entmündigkeit“ machte G. bitter lässen. Ihm wurde wegen vorsätzlichen Entweichenlassen eines Gefangenen der Prozess gemacht. Die II. Straflammer verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis.

Gericht über die Leipziger Produktions-Görse.

Sonnabend den 8. Januar 1898.

(Mitgeteilt von Goßrider Glass.)

Weizen per 1000 kg netto behauptet	inländischer	182-189 bez. Brf.
Roggen per 1000 kg netto behauptet	ausländischer biesiger ostpreussischer und	207-216 bez. Brf. 142-148 bez. Brf.
Gerste per 1000 kg netto fest	Posen er ausländischer Braunerste	153-161 bez. Brf. 156-160 bez. Brf.
Mais per 1000 kg netto runder Raps	Mahl-n. Futterware inländischer amerikanischer runder	166-184 bez. Brf. 116-130 bez. Brf. 150-156 bez. Brf. 149-154 bez. Brf. 105-108 bez. Brf. 108-112 bez. Brf.
Olsaat per 1000 kg netto Rapskuchen p. 100 kg netto	flüssiges gefrorenes	— 53.75 Brf.
Rüböl per 100 kg netto frei Hans hier ohne Fass weichend		

Ausseramtlich.

Malz per 100 kg netto	altes neues	27-29
Wicken per 1000 kg netto	loco	29-31
Erbsen per 1000 kg netto	loco grosse do. kleine	160 155-175
Bohnen per 100 kg netto	do. Futter	140-160
Kleesaat per 100 kg netto	loco rot nach Qualität weiss u. Qualit. gelb nach Qualität schwed. u. Qualit.	19-23

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren: Weizenmehl Nr. 00 28.00-28.50 Roggennmehl Nr. 0-1 per 100 kg Nr. 0 28.00-28.50 per 100 kg I 22.00-22.50 exkl. Sack II 20-21 M. exkl. Sack II 16.50 M. Roggenkleie M. 9.50-10.00 per Weizenschalen 8.50-9.00 M. 100 kg exkl. Sack.

Ausserdem wurden notiert nach den Angaben der Leipziger Spritfabrik.

Spiritus (unversteuert) mit 50M. Verbrauchsabgabe: 57.00 M. p. 10000 Liter%, ohne Fass : 70 M. : 87.50 M. Geld Dienstag, 4. Januar : 50 M. : 56.90 M. : 87.40 M. Geld

Ganz aussergewöhnliche Vorteile bietet mein alljährlich nur einmal stattfindender Inventur-Räumungs-Ausverkauf.

Von den vielen spottbilligen Angeboten seien nur einige erwähnt:

Glacé-Handschuhe

früher: 4.50 - 3.50 - 2.00 - 2.40 - 1.00

jetzt: 2.75 - 2.25 - 1.75 - 1.25

Glacé mit Futter

Krimmer mit Leder, Waschleder

früher: 5.50 - 4.50 - 3.50 - 2.00 - 2.40 - 1.00

jetzt: 3.50 - 2.75 - 2.25 - 1.75 - 1.25

Glacé-Handschuhe

mit kleinen Fehlern.

Paar 1.00 - 75 - 50 - 25.

Ball-Handschuhe

in Dänisch — Glacé — Seide etc.

früher: 4.50 - 3.50 - 2.40 - 1.00 - 1.45 - 1.10

jetzt: 2.25 - 1.75 - 1.25 - 75 - 50 - 50.

Wollene Handschuhe

gewirkt und gestrickt

früher: 2.40 - 1.00 - 1.45 - 1.10 - 85 - 50

jetzt: 1.25 - 1.00 - 75 - 50 - 35.

Krawatten

in allen Façons, bessere Qualitäten

früher: 4.50 - 3.50 - 2.50 - 2.00 - 1.50 - 1.00 - 75 - 50

jetzt: 1.50 - 1.25 - 1.00 - 75 - 50 - 25.

Regenschirme

früher: 8.50 - 7.50 - 6.00 - 4.50 - 3.50 - 2.00 - 2.40

jetzt: 7.00 - 6.00 - 4.80 - 3.75 - 2.90 - 2.40 - 1.90

Strümpfe — Socken

früher: 3.50 - 2.00 - 2.40 - 1.00 - 1.45 - 1.10 - 85

jetzt: 2.75 - 2.25 - 1.75 - 1.25 - 1.00 - 75 - 50.

Oberhemden

weiss und bunt

früher: 6.50 - 5.50 - 4.50 - 3.50

jetzt: 5.25 - 4.50 - 3.60 - 2.75.

Seid. Tücher, Kragenschoner, Hosenträger, Kragen, Manschetten, Serviteurs, Reise- und Sportmützen
Unterzeuge, Wiener Hausschuhe, Gürtel, Strumpfbänder etc. etc.

und andere bisher geführte Nebenartikel bedeutend herabgesetzt, zum Teil bis

zur Hälfte der früheren Preise!

Bitte auch das Schaufenster zu beachten!!

Petersstrasse
Nr. 9.

Keine Auswahlsendungen!
Kein Umtausch!

Conrad Grau

Johannisplatz
Nr. 4/5.

Die früheren und jetzigen
Preise sind an jedem Stück
deutlich vermerkt.

Leipzig als Großstadt

ist nichts Neues, wohl aber, daß dem in dieser Handelsmetropole geschäftlich pulsierend den Thun und Treiben eine
flotte, minutiöse Expedition
in gastronomischer Hinsicht

geboten wird, ist

Neu!

durch die eröffnete

I. Krystall-Bierquelle

Windmühlenstraße 52
(Nähe des Bayerischen Bahnhofes)

Dampfbrauerei Zwenkau

Bemüthigstet von
264]

Karl Basien.

Haupt-Geschäft:
Eisenbahnhalle No. 39—43
Geschoß: parterre und 1. Etage.



Neue Uhren:

Nick.-Wecker-Uhren 1.50.—
Nickel.-Rem.-Uhren 5.00.—
Neb.-Regul.-Uhren 9.00.—
Silb. Remont.-Uhren 10.00.—
Gold. Remont.-Uhren 16.00.—

1 neue Uhrfeder ein-
setzen 75 % garantiert
1. Güte.

M. Kemski

Leser der
Volks-Zeitung noch
10 Proz. Rabatt.

Leser der
Volks-Zeitung noch
10 Proz. Rabatt.
Nürnberger Str. 6.

Reparaturen:

1 neue Uhr-Feder . 75.—
1 neue Uhr-Kapsel . 10.—
1 neues Uhr-Glas . 10.—
1 neuer Uhr-Ring . 10.—
1 neuer Uhr-Zelger . 10.—
1 neue Uhrfeder ein-
setzen 75 % garantiert
1. Güte.



Millionen

trinken
Seelig's candirte
Korn- u. Malz-Kaffee,

prämiert
mit der
goldenen
Medaille
u. Diplom
auf der
Leipziger
Austellung
1897
für Natur-
Heilkunde.



Generalvertreter:
Karl Giesecke, L. Plagwitz.

Viele Neuerheiten in:
Gummi-

waren Bedarfs-Artikel
zur Gesundheitspflege

in bester Qualität empfohlen

Frau Auguste Graf

um noch Nützlichkeit. 4.—

Breitl. verl. nur gen. Freicouvert, n. possl.

Monatsgarderobe

Empfohlen in reicher Auswahl allerfeinsten
Herbs. resp. Winter-Pastots, kompl.
Anzüge, einzelne Jodette, Beinleider
u. s. m. nur Salzgähchen 9, I.

J. Kindermann.

N.B. Elegante Frads u. Geschäftsz-
Anzüge auch leibweise.

[4637]

Gr. Ausw. Harzer Kanarienvögel,
hoch. Sommerküken, 5 Pf. 1 Mf. sowie
alle Sort. v. Vogel-, Amerikaner-, Krebs-
Räufe 20 Pf., ital. Goldfische 10 Pf. empf.
Max Kraft, Vogelzitterb., Poststraße 18.

Frack u. Gesellschafts-Anzüge verleiht

Frack u. El. Zigarre, Tuchler Str. 10.

Zu haben

in den meisten Kolonialwaren-,
Droguen- u. Seifenhandlungen.

Dr. Thompsons Seifenpulver

ist das beste
und im Gebrauch
billigste und bequemste

Waschmittel der Welt.

Man achtet genau auf den Namen „Dr. Thompson“
und die Schutzmarke „Schwan“.



Sängerabteilung Stünz

Unsere Singstunde findet diesmal
Donnerstag den 13. Januar statt.
200.—

D. O.

Auktion.

Donnerstag den 13. Jan. nachm. von
2 Uhr an sollen im Restaurant zum
Golden Stern, L. Anger, verschiedene
Gegenstände, als: 2 Kratzhobel, Wasch-
wanne, Waschländer, Hade, Pierdeimer,
Lampen, Schleifsteine, Fleischs. u. v. a.
versteigert werden.

[280]

Rest. König Albertbrücke, Lindenau.

Grounde und Genossen vergeht den
saurten Richard nicht.

[5610]

Neumilch-Butter.

Garantie: Rückläufer. Hochfeinste
Centr.-B., täglich frisch, 8.40.—, frische,
feste Land-B. 7.40.— & 5 Milchsoj., frische
Nachn. empf. das Meierei-Depot

2661] Arno Ross, Tifft.

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]

[286]



Aus zwei Welten.

Aus der höheren Aristokratie.
Gezeichnet von Herm. Paul (Le courrier français).



Nun, Herr Graf, was sagen Sie zu der neuen Erzungenschaft der Baronin Pagenhart? Wirklich fabhaftes Glück hat der dämliche Baron. Erst interessiert sich die Excellenz für seine Frau und nun der Großherzog. Der Gesandtschaftsposten ist ihm sicher. Man darf sich seine Freundschaft nicht verscherzen, wenn man gut angeschrieben bleibt will.

Unsere Kleinstädter. Gezeichnet von C. Huard (Le Rire, Paris).



Sie haben es gewiß auch schon gehört, die ganze Stadt spricht ja davon? Madame Schulz war an einem Tag dreimal bei dem neuen Hahnarzt. Was sagen Sie dazu? Man muß den Umgang mit dieser Familie meiden, wenn man nicht seinen guten Ruf auf Spiel setzen will.

Bearbeitet von Eduard Hirsch, München.

Die Entstehung der Volkswirtschaft.

Professor Karl Büchers Werk über die Entstehung der Volkswirtschaft, das kürzlich in zweiter stark erweiterter Ausgabe erschienen ist,* ist ein interessantes Dokument für den Werdegang der Volkswirtschaftslehre selbst.

Der Titel dieses Buches allein, der heute so harmlos und selbstverständlich klingt, hätte vor dreißig Jahren noch eine gefährliche Reaktion bedeutet. Für die damals herrschende Richtung der Nationalökonomie galt die Volkswirtschaft — ein Ausdruck, der für Bücher gleichbedeutend ist mit kapitalistischer Wirtschaft — als etwas, was war, ist und sein wird. Für sie war die Wirtschaft der Jäger und Hirtenvölker in ihrem innersten Wesen mit der großindustriellen Wirtschaft ein und dasselbe, jene schien von denselben unabänderlichen Gesetzen beherrscht wie diese, und jedes Übergreifen der politischen Gewalt auf das wirtschaftliche Gebiet, jede Hoffnung auf einen grundstürzenden Umschwung der Wirtschaftsverfassung, dies Vermessenheit und Wahnmittn. Die „historische“ Schule, die Grödn der oben skizzierten manchesterlichen Mütterung, hat sich das reiche thäfächliche Material über die Veränderlichkeit des Wirtschaftslebens, das sie selbst mit hamsternähigem Fleife sammelte, nicht zu Gunsten einer geänderten Weltanschauung zu nutze gemacht. Sie sah den Wald vor lauter Bäumen nicht, oder vielmehr, sie traute sich nicht, ihn zu sehen. Die Lehre von den Veränderungen der Wirtschaftsverfassung bildet die wichtigste und zwingendste Voraussetzung des revolutionären Sozialismus, sie hat durch Karl Marx ihren klassischen Ausdruck erfahren; wenn die Revolution von der Richterweisheit als eine gesetzlich verbotene Handlung definiert worden ist, so muß von dem gleichen Standpunkte aus die Verbreitung dieser Lehre zum mindesten als strafliche Vorübung aufgefaßt werden.

Prof. Bücher hat in seinem Buche die wissenschaftliche Objektivität über die Zwecke der Staatswaltung gestellt. Er bekämpft das Märchen von der wirtschaftlichen Natur des Menschen, die noch nach Ab. Wagners und G. v. Philippovichs Lehre dem Menschen angeboren sein und ihn von allem Anbeginn vom Etere unterscheiden soll. Durch einen vielleicht Jahrtausende dauernden Prozess, auf den der Verfasser mit Hilfe eines reichen volkswirtschaftlichen Materials interessante Schlaglichter wirft, ist die Wirtschaft, damit aber noch lange nicht die Volksw., die kapitalistische Wirtschaft entstanden. In meisterhaft plastischer Darstellung führt uns Bücher die drei großen Entwicklungsschüsse vor, in die sich nach seiner Ansicht die Wirtschaftsgeschichte scheilt: die kapitalistische Haushaltung mit Eigenproduktion durch Freie, Sklaven und Hörige, die kapitalistische Stadtwirtschaft mit Kundenproduktion durch freie Meister und Gesellen, die kapitalistische Volkswirtschaft mit Warenproduktion durch Unternehmer und Lohnarbeiter. Indem Bücher die Ware als die eigentümliche Zelle des kapitalistischen Organismus anerkennt, nähert er sich der marginalistischen Ausschau. Um wieviel näher er überhaupt dieser Auf-

fassung steht, als die offizielle latheversozialistische „historische“ Schule, zeigt ein kurzer Vergleich seiner wirtschaftsgeschichtlichen Auffassung mit der Prof. Schmollers. Indem dieser zwischen Dorf-, Stadt-, Territorial- und Staatswirtschaft unterscheidet, macht er die politische Organisation zum Einteilungsgrunde, stellt also die Sache so dar, als ob die jeweilige politische Organisation das primäre, die Wirtschaftsverfassung das sekundäre Element der sozialen Entwicklung bilben würde. Anders Bücher! Er wird durch seine Einteilung der primären urjächtlichen Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung gerecht und macht — im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung — manche geistreiche Beobachtung über die Bedingtheit der politischen Verhältnisse durch die ökonomischen.*

Einem völlig selbständigen und eigenartigen Idenzgang folgt Bücher in jenen Ausschlägen seines Buches, die von der Gliederung der Arbeit handeln. Seit Smith haben die Nationalökonomen alle mannigfachen Verhältnisse der Kooperation ziemlich unterschiedlich unter dem Ausdruck der Arbeitssteilung zusammengefaßt. Auch hier zeigt sich wieder, wie stark Bücher von einer einheitlichen evolutionistischen Wirtschaftsauffassung durchdrungen ist. Er läßt den Ausdruck Arbeitssteilung nur dort gelten, wo durch einen tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklungsvorgang eine Leistung von einer Person, der sie bisher oblag, auf mehrere Personen übertragen worden ist, beispielsweise in der Lederverarbeitung, wo anfänglich die verschiedenartigsten Arbeiten von einer Person betrieben werden, später sich Gerberei, Lederei, Schuster etc. absondern. Arbeitssteilung ist für Bücher Entwicklungsvorgang, Differenzierung, Anpassung an die Arbeitsbedingungen. Neben der Arbeitssteilung stellt er die Arbeitsgemeinschaft, die gleichzeitige Bewältigung einer Arbeitsaufgabe durch mehrere, ohne daß diese Arbeit früher durch einen geleistet worden wäre, also z. B. das Aufhaben einer Last, die gemeinsame Arbeit in der Spinnstube und ähnliches mehr. Hier besonders zeigt Bücher, wie weit entfernt er davon ist, in seine Stube eingeschlossen, graue Theorie zu treiben. Er hat mit lebhaften Eifer und mit dem Bewußtsein von der Wichtigkeit der Sache das Volk bei seiner Arbeit einer denkenden Betrachtung unterzogen, welche für den intelligenten Arbeiter ebenso lehrreich wie interessant ist. Die Grenzen, die der äußeren Beobach-

tung gesetzt sind, erkennt er wohl: „Die Lehre von der Arbeit bedarf noch gar sehr des weiteren Ausbaues. Die feineren psychischen Momente, die hier mitwirken, aufzuführen, vermag nur der denkende, sich selbst beobachtende Arbeiter.“ Der Arbeitssteilung und Arbeitsgemeinschaft stellt er die Arbeitsvereinigung (Arbeitsberufe), d. h. die Vereinigung verschiedener Arbeiten in einer Hand gegenüber.

Professor Bücher gehört bei aller Unterschiedlichkeit, mit der er principielle theoretische Fragen erörtert, doch zu jenen, die die politischen Wissenschaften gerne unpolitisch betreiben möchten. Aengstlich geht er der Versuchung, politisch Tages- und Partei Fragen zu begegnen, aus dem Wege. Ein edler Optimismus durchdringt sein Werk, er glaubt an „das Ziel, die Menschheit immer vollkommenere Daseinsformen entgegenzuführen“, aber sonst verrät er über seinen Glauben nichts. Wo aber einer, wie Herr Professor Schmoller in Berlin, „unpolitisch“ mit konservativen und bürgerlichen verbreitet, greift er recht verbissen zu. Im Kampfe gegen dessen schiefen Anwendung baronistischer Lehren auf gesellschaftliche Fragen, gegen die Behauptung, daß die Verschiedenheit des sozialen Ranges und Besitzes auf die Vererbung zurückzuführen sei, findet er scharfe Töne über den Reaktionismus im Beaumtentum, die Entartung der Aristokratie und über die frische Kraft, die aus den breiten Schichten des Volkes kommt.

Es ist unmöglich, im Rahmen eines kurzen Aufsatzes auszuschöpfen, was Bücher in seinem Werk an Anregung und Belehrung bietet. Neben den Hauptteilen des Buches, die von der Entstehung der Volkswirtschaft und der Gliederung der Arbeit handeln, finden sich einzelne Aussätze über die Anfänge des Zeitungswesens, über den Niedergang des Handwerks u. a., die auch einzeln gelesen vollkommen verständlich sind und durch das reiche Thatsachenmaterial sowohl wie durch ihre eigenartige Darstellung doppeltes Interesse bieten. Sehr interessant, wenn auch naheliegend, sind die Beobachtungen des Autors über den sogenannten „goldenen Boden“ des Handwerks, der nach seiner Auffassung, absolut genommen, gar nicht existiert hat und nur im Vergleiche zur sonstigen Lebenshaltung des Volkes in früheren Jahrhunderten „golden“ erscheint. Der auch sonst nicht allzu konservativ gehaltene Aufsatz hat den Sorn der kleinen Leute aufs lebhafteste erregt, und als heiteres Detalj sei zum Schlus erzählt, daß dieser Aufsatz jüngst ein Schneidebermeisterlein, das von Herrn Zimmermann die Stellung des Handwerks erwartet, bewogen hat, den „Sorn des Mittelstandes“ auch die — frischgewordene Nationalökonomie beigestellen.

Die frischgewordene Nationalökonomie! Da hat wieder einmal ein unbedeutender Mund ein bedeutungsvolles Wort geprägt. Und so entschieden wir Professor Bücher vor derartigen Angriffen in Schutz nehmen, so gerne sind wir bereit, für uns das Wort gelten zu lassen, und „die frischgewordene Nationalökonomie“ in unsere Titulatur gnädig anzunehmen. Die unpolitische politische Wissenschaft, wie sie Professor Bücher betreibt, kommt wahrscheinlich mit Unrecht dazu. Sie ist ja die reine politische Unschuld, sie geht jedem Strafanzank scheu aus dem Wege: Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit aber sind angeborene Fehler, die man dem lieben Mitmenschen doch christlich verzeihen sollte.

* Lüdingen, S. Lauppische Buchhandlung, 1898.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Zum Kampfe der Behörden gegen die Sozialdemokratie. Aus Zwischenland schreibt uns unser g. Korrespondent unter dem 10. Januar:

In dem eine Stunde von hier entfernten Haara, das zum Leichenbacher Reichstagswahlkreis gehört, sollte Genosse F. Hofmann, der derzeitige Abgeordnete dieses Kreises, über die Thätigkeit des Reichstags referieren; die Polizei verbot ihm aber das Sprechen. Genosse J. Seifert referierte nun über diesen Punkt sowie über die beabsichtigte Verklammerung des sächsischen Vereins- und Versammlungsgegeses. Aber der dritte Punkt: Diskussion war auch verboten; die Redner meldeten sich nun alle als Referenten an und dann konnte sich jeder aussprechen.

Dass man dem Genossen Hofmann das Reden untersagt, zeigt, wie wenig sich die Behörden um die offiziellen Erklärungen des Ministers v. Weltzki kümmern, der bekanntlich im Landtag erklärte hat, dass die Vorstrafe Hofmanns kein Grund sei, dieben nicht reden zu lassen. Im übrigen ist es aber in Sachsen schon öfter, namentlich in der letzten Zeit, vorgekommen, dass in Versammlungen der überwachenden Beamten Diskussionsredner nicht zum Worte kommen ließen, weil keine Diskussion angemeldet war, worauf sich die Versammlungsleiter dadurch aus der Affaire zogen, dass sie nur noch Referenten reden ließen. Wenn die Überwachenden die Diskussion untersagen, weil keine angemeldet ist, so ist das einfach heiter, denn es ist selbstverständlich, dass in öffentlichen Versammlungen nach politischen Vorträgen eine Aussprache stattfindet. Aber aus formellen Gründen lässt sich schließlich nichts dagegen machen. Die Macht des Polizeibeamten kann aber dadurch kompensiert werden, dass die Versammlungsleiter nur Referenten sprechen lassen, denn da die Referenten nicht angemeldet zu werden brauchen, so können eben in einer Versammlung ein Dutzend und mehr Referenten sprechen und es ist die schönste Diskussion geschaffen, die der Überwachende verbieten wollte. Aber solche Blüten zeitigt der Kampf der Behörden gegen die Sozialdemokratie in Sachsen, die den Ruhm der sächsischen Polizei im ganzen deutschen Reiche und darüber hinaus begründet haben.

Herr Dr. Oertel und das allgemeine Wahlrecht. Am 8. d. M. sprach Herr Dr. Oertel bekanntlich im Konservativen Verein zu Leipzig u. a. über das allgemeine Wahlrecht und führte aus: „Unser Wahlrecht ist auch kein Ideal und man wundert sich, wie Bismarck dasselbe bringen konnte. Es ist einfach brutal, dass der führende Geist nur so viel Recht hat, wie der blöde.“ Am 18. Dezember aber sagte Herr Dr. Oertel in einer Kandidatenrede in Freiberg: „Das gleiche allgemeine direkte Wahlrecht für den Reichstag ist als Gabe nach dem Kriege dem deutschen Volke gegeben worden; daran zu rütteln, halte ich für höchst bedenklich. Ich würde nie, wenn nicht Revolution oder sonst etwas dazu treibt, zu einer Umänderung oder Aufhebung dieses Wahlrechts zu haben sein.“

Wie stimmt aber zu diesen Ausführungen das, was er in der Leipziger konservativen Versammlung über das allgemeine Wahlrecht gesagt hat? Ja nun, in der Leipziger Versammlung war er durch keine Rückenden gebunden, deshalb konnte er sein konservatives Herz ohne Hehl offenbaren. Dass die Konservativen das allgemeine Wahlrecht aber lieber heute als morgen abgeschafft haben möchten, ist eine alte Geschichte. In Freiberg aber ist Herr Oertel Kandidat, da muss man auf die Wähler Rücksicht nehmen. Hat man erst das Mandat in der Tasche, dann braucht man sich nicht mehr um die Wähler zu kümmern.

Das ist aber nicht nur bei den Konservativen, sondern auch bei den Nationalliberalen so, wie wir es ja in Sachsen bei der Wahlrechtsänderung erfahren haben, und deshalb hielt das Leipziger Tageblatt mit seiner Entrüstung über den vielseitigen Dr. Oertel besser an sich.

Für unsere Genossen im Döbelner Kreise aber ist die Kenntnis der doppelten Stellung des Herrn Oertel zum allgemeinen Wahlrecht sehr interessant und sie werden diese Kenntnis natürlich auch gehörig verwenden.

x. Stolpen, 10. Januar. Die Antisemiten hatten gestern hier eine Volksversammlung eröffnet, in der der Vertreter des 8. Reichstagswahlkreises, zu dem ja unser Städter gehört, Herr Mörtelsfabrikant Voigt, sowie der bekannte Herr Zimmermann als Referenten auftraten. Von sozialdemokratischer Seite war der Kandidat dieses Kreises, Genosse J. Fräsdorf aus Dresden, erschienen, um den Antisemiten entgegenzutreten. Das schien aber den beiden Hauptrednern sowohl, als dem Überwachenden der Versammlung, dem Bürgermeister von Stolpen, übrigens einem Parteigenossen der Bimmermänner, so wenig zu behagen, dass letzterer Fräsdorf einfach das Wort entzog, weil dieser eine Kandidatenrede hält. Auch nicht übel!

Frohburg, 10. Januar. In einer Parteiverhandlung des 14. Reichstagswahlkreises wurden als Delegierte zur Landeskongress die Genossen Starke-Beschelburg und Hertwig-Begau gewählt. Der Vorschlag eines Genossen, während des Wahlkampfes die Burgstädtler Volksstimme viermal wöchentlich erscheinen zu lassen, wurde der Preßkommission überwiesen.

Zum, 10. Januar. In einer großen Volksversammlung wurde Genosse Rosenow-Chemnitz als Reichstagskandidat für den 20. sächsischen Reichstagswahlkreis proklamiert.

g. Zwischenland, 9. Januar. Heute fand hier eine stark besuchte Volksversammlung statt, die über die bevorstehende Landesversammlung und die Reichstagswahlen Beschlüsse fasste. Als Delegierte zur Landesversammlung wurden die Genossen H. Schmidt-Zwickau, Schwarz-Werdau und Fülle-Erimmischau gewählt. Der bisherige Abg. W. Stolle, der seinen Wählern über die Thätigkeit des Reichstags und speziell der sozialdemokratischen Fraktion Bericht erstattete, wurde wieder als Reichstagskandidat nominiert. Gen. Goldschmidt beantragte, auf der Landesversammlung den Antrag zu stellen, dass die nächste Landeskongress in Erimmischau stattfinden sollte, was einstimmig angenommen wurde. Weiter wurde eine Resolution angenommen, die die Landeskongress anfordert, gegen die bevorstehende Änderung des Vereins- und Versammlungsgegeses, Ausschluss der Frauen und Minderjährigen aus den Vereinen und Versammlungen betreffend, Stellung zu nehmen.

Zwickau, 10. Januar. Eine Steuerdefraudation macht in Neukirchen viel von sich reden. Die Firma Reuter u. Becker war auf 11000 M. Einkommen abgeschlagen. Herr Becker sah selbst in der Einkommenskommission. Seit nach Beckers Tode stellt es sich bei der Erbregulierung heraus, dass auf einen jeden der Genannten weit mehr als diese Summe — einige meinen 30—40000 M., was vielleicht aber zu hoch ist

— einfalle. Bisher handelt es sich um Nachzahlungen an den Staat in Höhe von 5600 M. Steuer. Wieviel die Gemeinde an Gemeindesteuer zu wenig erhalten hat, entzieht sich noch der Kenntnis. Es wurde beantragt, für die Gemeinde etwa 9000 M. Nachzahlung zu fordern, was jedoch abgelehnt wurde. So sieht es mit den freiwilligen Steuerzahlungen in den besseren Kreisen aus, für diese gibt es nur eine Nachzahlung, aber kein Gefängnis, kein Schautätenverbot, keine Steuerrestennummer, nicht einmal die Deklarationspflicht.

Meerane, 8. Januar. Ein Nachspiel zum Streik bei Quaas hier wurde am Mittwoch vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Der Weber Eduard Kölbe hatte gegen ein polizeiliches Strafmandat von fünf Tagen Haft gerichtliche Entscheidung beantragt und wurde kostenlos freigesprochen. Kölbe war bekanntlich in einer Streikversammlung im Thüringer Hof, die der Auflösung verfiel, arreliert worden, weil er nach Schluss ruhestörenden Wärm und groben Unzug verübt haben sollte. Die Befreiungszungen, Schuhmannsfabrik und der überwachende Beamte, konnten aber ihre Anzeige der Person Kolbes gegenüber nicht aufrecht erhalten.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Bundesvorstand des Bundes der Landwirte für das Königreich Sachsen, Rittergutsbesitzer Landmann auf Nienkersdorf, ist am 4. Januar in Gardeone, wo er Haltung oder wenigstens Unterwerfung seines schweren Lebens suchte, gestorben. — Das Kuratorium der deutschen Versuchsanstalt für Leberindustrie zeigt an, dass die deutsche Versuchsanstalt für Leberindustrie zu Freiberg die Unterforschungsarbeiten im Dezember u. J. in vollem Umfang aufgenommen hat. Zu den Aufgaben der Versuchsanstalt zählen u. a. folgende: Untersuchung der Gerbstoffe und aller anderen Hilfsstoffe der Gerberei auf ihren Gehalt an wirksamen Bestandteilen und auf Verfälschungen und Verunreinigungen; Untersuchung von rohen Häuten, von halbfertigen und fertigen Ledern auf den Grad der Durchgerbung, der Fettung, auf etwaigen Gehalt an unerlaubten Zusätzen u. s. w.; Untersuchung von Wässern auf ihre Brauchbarkeit für Gerbereizwecke und als Kesselwasserwäsche; Prüfungen von Neuerungen und Erfindungen auf dem Gebiete der Gerberei auf ihre Brauchbarkeit; Ausarbeitung von Gutachten aus dem Gebiete der Gerberei, auch in Streitfällen. — Unter den wendischen Frauen der Lausitz und des Spreewaldes treten neuerdings Wünsche auf, die auf eine „Modernisierung“ der nationalen Frauenkleidung hinzuweisen. Die Tracht soll einerseits an den Grundzügen der alten Volksstube erhalten, aber zugleich auch die städtische Frauenmode bis zu einem gewissen Grade berücksichtigen. — Ein Stallknecht in Bittau, der von einem tollwütigen Hund in die Hand gebissen worden war, ist nunmehr nach Wien geschickt worden, um sich dort nach der Pasteurischen Methode behandeln zu lassen. Der Bezirksschulrat Wilhelm, der sich bei der Sektion dieses Hundes etwas an der Hand verletzt hatte, ist ebenfalls nach Wien gereist.

Erfurt, 9. Januar. Im September beschäftigte sich das Stadtverordnetenkollegium mit dem Verkauf städtischer Baustellen. Auf zwei Baustellen hatte der Agent Henkel das Meistergesetz gemacht. Die Kommission beantragte, die Zuschlagserteilung anzusprechen. Stadtb. Rebs plädierte unter anderen Medmern gegen den Kommissionsvorschlag. Er hielt es im wirtschaftlichen Interesse nicht für richtig, dass eine Kommune das nach trachte, ihre Grundstücke so teuer als möglich an den Mann zu bringen. Teuere Baustellen hätten hohe Mietpreise zur Folge und dies um so mehr, wenn Grundstücke an Personen veräußert würden, welche selbige nicht selbst benennen wollen, sondern an Dritte verkaufen. Auf diese Art werde Bodenwucher und Spekulanten gefördert, wozu aber eine Kommunalverwaltung nicht die Hand bieten sollte. Wegen dieser Auseinandersetzung erhob der Agent Henkel gegen den Stadtb. Rebs Privatklage wegen Beleidigung. In der Verhandlung stimmten die als Befreiungszungen geladenen Stadtvorordneten Schmid, Walter und Barth in ihren Aussagen darin überein, dass sie persönlich die Überzeugung gewonnen hätten, ihr Kollege Herr Rebs habe mit seinen Ausführungen lediglich den Agenten Henkel treffen wollen.

Das Gericht sprach aber den Vellagten frei. Es hat angenommen, dass die Ausführungen des Vellagten allgemein gehalten gewesen und nicht speziell gegen den Privatkläger gerichtet waren. Dem Vellagten stand der Schutz des § 198 des Strafgesetzbuchs zur Seite, als er in der Eigenschaft als Stadtvorordneter und Vorsitzender des Mietervereins die nach seiner Ansicht durch den Zwischenhandel bedingte Grundstücksversteuerung und daraus folgendes Steigen des Mietpreises verhindern wollte.

Soziale Rundschau.

Zum Schuhmacherstreit in Groitzsch. Es wird nun die achte Woche, dass die Arbeiter der Firma G. Göthe u. C. Fischer im Streik stehen, der durch die Einführung von Zwischenmaschinen (genannten Klebmashinen) unvermeidlich wurde, da nach den Vorhören, die die Firma für die einzelnen Arbeiten bot, die Arbeiter einen bedeutenden Aufschall an Lohn zu verzeichnen hatten. Dieser Streik nun treibt sonderbare Blüten, wir leben wie unter dem Belagerungszustand. Fast die gesamte Bevölkerung steht auf Seiten der Streikenden, so dass vor Wochen Streikbrecher gar kein Vogel bekommen konnten, und so gezwungen waren, dass Mietagdöbel in der Fabrik einzutunen und wohl auch des Nachts darin zu kampieren. Schaden können diese Leute allerdings den Streikenden wenig, da Stepperinnen überhaupt nicht zu haben sind, denn die stehen fest wie eine Mauer; schaden können sie nur den Fabrikanten, diese Erfahrung haben wir schon oft gemacht. Die hiesige Gendarmerie ist um drei Monate verstärkt worden, um die Arbeitswilligen zu schützen. Die Firma Göthe u. Fischer kann sich ungehindert an die Konkurrenzfirmen wenden, dass diese den Streikenden keine Arbeit geben. Die behördliche Gerechtigkeit feiert wahre Triumphe. Die Posten der Streikenden werden arreliert, ein wahrer Regen von Strafmandaten ergießt sich über sie. Des Abends, wenn die Arbeiter der übrigen Fabriken nach Hause gehen, darf niemand stehen bleiben, langsame Laufen wird unterjagt, vor die eigene Haustür stossen, wird ebenfalls nicht geduldet, und — wer nicht pariert, wird arreliert. An Kreuzen ist man hier bereits gewöhnt. Vorige Woche nun hat sich die Firma Göthe u. Fischer hilfesuchend an die übrigen Schuhfabrikanten gewandt, sie sollten doch ihre Fabriken schließen, wohl aus dem Grunde, den Streikenden den Sieg unmöglich zu machen. Es scheint aber niemand auf diesen Beim zu gehen, untenstehen bei der vorjährigen Bewegung sich die betreffende Firma auch aus der Schlinge zu ziehen wünschte. Der Streik dauert also unverändert fort und die daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen, 144 an der Zahl, stehen fest.

Gotha, 8. Januar. Die Schieferdeckermeister haben mit Ausnahme des Schieferdeckermeisters Liebe sämtlich die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

In Berlin sind am Sonnabend, 8. Januar, sämtliche Schuhmacher der Firma Lüderitz infolge von Differenzen bei Einführung der neuen Fabrikordnung ausgesperrt worden.

München, 8. Januar. Der Ausstand der Schuhmacher in der Regensteinischen Fabrik in Pasing (München) dauert fort. Heute ist nun auch sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in der Regensteinischen Schuhfabrik in München (Voithstraße) gekündigt worden. Dem Arbeiterausstieg wurde eröffnet, dass die Kündigung in 14 Tagen zurückgezogen wird, wenn bis dahin der Streik in Pasing beigelegt sei. Es dürfte dieses Vor-gehen dem Beschluss einer Verordnung des Fabrikanturings entsprechen.

Th. K. London, 9. Januar. Von einem Mitgliede der Maschinenbauergewerkschaft. Vom Maschinenbauerans-stande. Am Unterstüzung sind eingekommen: 7. Januar 585 Pfnd. Sterling (1 Pfnd. Sterl. = 20 M.), 8. Januar 780 Pfnd. Sterl., 9. Januar 1587 Pfnd. Sterl. Von M. G. E. New Zealand, 300 Pfnd. Sterl.

Der Streik hat bis jetzt die Gewerkschaft 650000 Pfnd. Sterl. (13 000 000 M.) gekostet.

Davon sind eingekommen von den Mitgliedern, die in Arbeit sind (5 Schilling pro Woche), 286000 Pfnd. Sterl. Ungefähr 251000 Pfnd. Sterl. sind vom Fonds (360000 Pfnd. Sterl.) zu bezahlt, 113000 Pfnd. Sterl. sind vom Auslande zugesandt. Aus diesen Höhnen ist zu erkennen, dass der Streik fortgeführt werden kann. Damit sind die Nachrichten der Unternehmer, dass die Stoffe leer sei, widerlegt.

Die Hauptfache ist nur, dass die Unterstützungen vom Bestande fortgelebt stark weiterstehen.

Vom 1. bis 8. Januar sind 14 weitere Aussperrungen erfolgt. Dies scheint aber der leichte Dampf der Fabrikanten zu sein, denn schon wenden sie sich an die Arbeiter, um sie zurückzulösen, aber vergebens, erst müssen die acht Stunden bewilligt sein. Trotz der angebrochenen Aussperrungen ist ein Bruch der Ausstände bis heute nicht erfolgt.

Es sind in allen Fabrikbezirken sogenannte Suppenküchen errichtet worden, die den Ausständigen und ihren Familien unentgeltlich Nahrung verabfolgen; sie werden von Bürgern unterhalten.

Mr. Siemens, der Menomist, lädt nach langem Schweigen seine Stimme wieder erschallen. Er erklärt anlässlich eines Banketts, dass die Fabrikanten sich zusammen geschlossen hätten und auch international seien. (Als ob sie das nicht schon vorher gewesen wären!) Er könne auch nicht verstehen, dass die freien englischen Arbeiter sich von den Trades-Unions tyrannisieren ließen! Die Thore wären überall offen, aber keiner käme zurück zur Arbeit. Als ob der Arbeiter nach sechs Monaten Kampf noch bettelnd soll, man möge ihn doch wieder in Gnaden aufnehmen!

Einige Mitglieder des Unternehmerverbandes verlangen eine Abstimmung über die Achtstundenfragen unter ihren Mitgliedern, um sie zu regeln; denn sie seien gar nicht darüber gefragt worden, ob sie den Konferenzen ihre Zustimmung gäben.

In Charlottenburg wurden an mehreren Fabriken Anschläge ausgebracht und den Arbeitern mehr Lohn versprochen, wenn sie zu den Bedingungen vom 17. Dezember zur Arbeit zurückkehren. Ganze fünf Männer sind auf den Leim gegangen. Sofort wurden von dem Streikomitee die Plakate verschafft. Daraufhin erschien ein Direktor einer Fabrik, die Streikposten zurückzunehmen. Es wurde ihm bedeutet, er solle erst den Anschlag abnehmen lassen. Und dies geschah denn auch, und gleichzeitig wurde den fünf Mann gekündigt. Sogar die englischen Bischöfe kümmern sich um das Wohl der Arbeiter! Sie haben extra Gebete erlassen. Nun, hilf's nicht, schade!

Der Streik spielt sich immer weiter zu und hoffentlich ist sein Ende bald da. Die englischen Arbeiter sind ganz begeistert von ihren deutschen Brüdern. Auch kann man merken, dass der englische Arbeiter anfängt, sich in politischer Beziehung auszubilden. Wer Gelegenheit hat, in London die sozialdemokratischen Vereine zu besuchen, kann wahrnehmen, in welcher Weise sich die englischen Arbeiter bemühen, so viel wie möglich den Versammlungen beizuwollen. Es ist die Zeit wohl nicht mehr weit, dass die englischen Arbeiter auch auf diesem Felde ihre Energie beweisen werden.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung tagt am 8. Jan. im Coburger Hof. Der Vortrag des Genossen Pinckau über Londoner Straßenbilder musste wegen Krankheit des Referenten vertagt werden. Zum 2. Punkt: Bericht und Neuwahl des Agitationskomitees, gab Kollege Wilsdorf einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Komitees, der einen Zeitraum von 1½ Jahren umfasst. Arrangiert wurden 45 Holzarbeiter, 10 Muskarbeiter (außer dem 8 Werkstellen), 7 Dresdener (1 Werkstellen), 7 Leistungsmacher, 8 Modellmacher, 5 Gummiarbeiter (8 Werkstellen), 3 Stellmacher, 2 Rahmenköpfer, 2 Regulatorköpfer-Versammlungen. Die hier nicht genannten Tischlerversammlungen sind von der Tarifkommission übernommen worden. Redner berichtete ausführlich über die Agitation in den kleineren Bezirksstädten, die energisch fortgesetzt werden müsse. Von einzelnen kleinen Branchen seien die Versammlungen nicht immer zufriedenstellend besucht worden, am eifrigsten seien die Modelldrückler vertreten gewesen. In der Debatte wurde namentlich die Säumigkeit der Muskarbeiter gerügt, bei denen sich noch ein starker Kaufengelb bemerkbar mache, obwohl gerade bei ihnen noch häufig Wochenlöhne von 6 bis 10 M. vorkommen. Das Komitee wurde für seine Tätigkeit Decharge erteilt und die Kollegen Wilsdorf und Herrfurth wieder sowie Kollege Dörfler neu gewählt. Sodann wurde bekannt gegeben, dass die statistischen Fragebögen bis Ende dieser Woche einzuliefern sind und das nächste Freitag eine Delegiertenversammlung aller Werkstätten im Coburger Hof stattfindet. Weiter ist auf den 1. Februar eine Tischlerversammlung zur Förderung der Mitglieder in der weiten Möbelbranche anberaumt worden. Kollege Dörfler beantragte, für die nächste Zeit den Besuch einiger Museen zu arrangieren und dazu entsprechende naturwissenschaftliche und kunstgewerbliche Vorträge stattfinden zu lassen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Auch wurden recitative Vorträge gewünscht, was mit dem Hinweis auf einen demnächstigen Vortrag des Genossen Wittich über Heinrich Heine erledigt wurde. Zum Schluss wurde auf das am 29. Jan. im Albertgarten stattfindende Wintervergnügen der Holzarbeiter hingewiesen und die erste Versammlung des neuen Jahres mit einem begeisterten Hoch auf das Wachstum der Organisation geschlossen.

Dachdeckerversammlung vom 9. Januar. Auf der Tagessordnung stand: 1. Bericht vom Kongress; 2. Wahl eines Gewerkschaftsrat-Delegierten; 3. Wie stellen wir uns zu unseren jetzigen Lohns- und Arbeitsverhältnissen. Der Bericht, den unser Delegierter Nicolaus uns gab, war zwar kurz, aber in jeder Hinsicht sachlich und jedem verständlich. Da der Kongress nicht 3, sondern 4 Tage in Anspruch genommen hat, so mussten noch 10 M. Diäten nachverbilligt werden, was auch einstimmig geschah. Zu Punkt 2 machte sich nötig, den jetzigen Gewerkschaftsrat-Delegierten Heyne

zu ersuchen, sich nicht mehr mit den Kartellberichten zu beschäftigen, sondern die Funktion Kollege Kreß zu überlassen. Eine längere Debatte entspans sich über den 3. Punkt. Nicolaus warnt davon, jetzt in eine Lohnbewegung zu treten, da bei der günstigen Mittierung alles aufgearbeitet worden sei und demnach eine Lohnaufbesserung sehr fraglich wäre. Wissler I tritt den Ausführungen Nicolaus strikte entgegen mit der Motivierung, daß unser Lohn viel niedriger wäre als der der hiesigen Maurer. Auch Rattrödt ist derselben Meinung und es wird deshalb beschlossen, in eine Lohnbewegung zu treten. Es wird eine Kommission von 5 Mann gebildet, die weitere Forderungen den Meistern unterbreiten soll. Die Kommission besteht aus den Kollegen Wissler II, Kaiser, Lehmann II, Ihlein und Dinkhardt.

Sozialdemokratischer Verein S.-Ost. Mitgliederversammlung vom 6. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt Ge- nosse Lehmann des verstorbenen Gen. Hermann Höhfeld, die Versammelten ehren sein Andenken durch Erheben von den Plänen. Darauf erhält Gen. Illego das Wort zu seinem Vortrag über Steuerpolitik und Steuergeschichte. Nebner weiß zunächst darauf hin, daß im Reiche die Bedürfnisse durch indirekte Steuern gedeckt werden, die in der Hauptsumme vom arbeitenden Volke ausgebracht werden müssen. Die indirekten Steuern sind deshalb die ungerechten Steuern, und die Sozialdemokratie verlangt prinzipiell deren Abschaffung und Einführung eines Steuersystems, das die einzelnen Staatsbürger nach der Tragfähigkeit trifft. Der Redner gab in seinem Vortrage ein Bild über die Entwicklung des Steuerwesens bis auf unsere Tage und wies nach, daß das gerechte Staatssteuerwesen die direkte progressive Einkommensteuer in Verbindung mit der Vermögenssteuer sei. (Beifall) Beim 2. Punkt, Partei- und Vereinsangelegenheiten, bezeichnet Gen. Lehmann als bestes Weihnachtsgeschenk für die Partei die Einigung der Genossen in Solingen. Die Streitigkeiten sind so gut wie aufgehoben. Gen. Gläzner weiß darauf hin, daß die gegnerische Presse immer bemüht ist, Uneinigkeit in unsere Reihen zu tragen. Gen. Lehmann erfuhr die Mitglieder noch, die Programme der Weihnachtsabendunterhaltung bis Mittwoch den 11. Januar abzurufen. Weiter stellt er mit, daß sich der Vorstand genötigt sah, für ein Osterfest den Albergtarten zu belegen. Dies wird von der Versammlung gut geheißen. Damit schließt die Versammlung. Das danach arrangierte gesellige Beisammensein, welches durch Niederwörteräge des Ostwestfälischen Männergesangvereins und Delamationen einzelner Genossen und Genossinnen verschont wurde, hielt die Mitglieder noch bis nach Mitternacht zusammen.

Der Arbeiterverein von Paunsdorf und Umgegend hieß Sonnabend den 8. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vorlesung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Fragekosten und Vertriebenes. Nach Erledigung des 1. Punktes hieß Genosse Braun eine Vorlesung über Sozialpolitische Kündschau aus dem Fachorgan der Maurer Deutschlands: Der Grundstein, woran sich eine kleine Diskussion knüpfte. Unter Vereinsangelegenheiten wird bekannt gegeben, daß in nächster Zeit eine Turnerabteilung gegründet werden soll. Es wird dem Gesamtvorstand Vollmacht erteilt, die nötigen Vorbereitungen hierzu zu treffen. Nach Erledigung verschiedener interner Vereinsangelegenheiten, wird noch angefordert, daß ein jedes Mitglied des Arbeitervereins die Leipziger Volkszeitung abonniert, da es das einzige Organ ist, das dem Arbeiter Aufklärung giebt. Zum Schluß wird noch aufgefordert, kräftig für den Arbeiterverein zu agitieren, damit der Verein kräftig weiter emporwache.

Gemeinde-Zeitung.

Schönesfeld. Gemeinderatssitzung vom 7. Januar. Herr Gemeindeleiter Koch teilt mit, daß der Herr Gemeindevorstand im Leipziger Krankenhaus schwer krank betriebskrank, und bittet die Gemeindevorsteher, ihn bei Führung der Geschäfte nach Kräften zu unterstützen. Aus der Registreite wird mitgeteilt, daß den Gebannten eine neue Gebanntenverordnung zugestellt worden ist. Das Gesuch der Gastwirt, um Verlängerung der Polizeistunde, ist von der Behörde abgelehnt, jedoch der Gemeindevorstand ermächtigt worden, in einzelnen Fällen eine Verlängerung zu gestatten. Hierauf kommt das Protokoll der Wohlfahrtskommission zum Vortrag. Die Kommission schlägt vor, das Gesuch des Herrn Postler, die Übertragung der Koncession des Leibniz'schen Gasthauses betr., zu befürworten, ein zweites Gesuch für das neuerrichtete Restaurant in der Neust. Leipziger Str. (Schulze Grundstück) abzulehnen. Letzteres Gesuch wird gegen drei Stimmen abgelehnt. Die Kommission hat sich mit der Einführung des Gasglühlichts beschäftigt, sie wird wegen der hohen Kosten abgelehnt. Aus dem Protokoll der Baukommission sei erwähnt, daß sie mehrere Schlußrevisionen, Feststellung von Baustützlinien und Untersuchung von Fußwegverbindungen vorgenommen hat. Die Finanzkommission hat sich mit der Ausstellung des Haushaltplanes beschäftigt und schlägt vor, den Scholaren Habsbank und Metzsch eine Gratifikation von je 50 Mk. zu gewähren. Dem wird zugestimmt. Hierauf schreitet man zur Beratung des Haushaltplanes. Nachdem mehreren Gemeindebeamten eine Gehaltsverhöhung zugeschrieben, stellt sich derselbe wie folgt zusammen: Gemeindekasse: Bedarf 61500 Mk., Deckungsmittel 28400 Mk., Fehlbetrag 33100 Mk.; Schulkasse: Bedarf 72200 Mk., Deckungsmittel 24900 Mk., Fehlbetrag 47300 Mk.; Armenkasse: Bedarf 15000 Mk., Deckungsmittel 9800 Mk., Fehlbetrag 5700 Mk.; Feuerlöschkasse: Bedarf 1820 Mk., Deckungsmittel 870 Mk., Fehlbetrag 450 Mk.; Zusammensetzung sämtlicher Kassen 149000 Mk. Bedarf, 68250 Mk. Deckungsmittel, 86550 Mk. Fehlbetrag, gegen das vorige Jahr ein Mehr von 16700 Mk. Zu den neu zu besetzenden Lehrerstellen haben sich 48 Bewerber gemeldet. Die Auswahl wird einer Kommission überwiesen. Zur Errichtung der neuen Schule hat die Baroness von Oberstein der Gemeinde ein Stück Land (zum Austausch an die Friedhofsverwaltung) geschenkt. Das Entlassungsgebot des zweiten Bewegewalters wird anerkannt und die Stelle mit 900 Mk. jährlich zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. An Stelle des ausscheidenden Sparkassenausschusmitgliedes Herrn Stauda, wird Herr Meißner gewählt. Das Verhalten des Volkstreubeamten Knauer wird einer dritten Kritik unterzogen und einstimmig beschlossen, ihm durch Herrn Gemeindeleiter Koch mitzuteilen, daß er sich um andere Stelle umsehen soll, event. ihm zu fördern. Die Herren Wendt und Genossen wollen in der Weitzenstraße 8 Wandlaternen bringen lassen, wenn die Gemeinde die Überenahme der Straße die vollen Herstellungskosten zurückstellt. Die Sache wird der Wohlfahrtskommission überwiesen. Ein Gesuch der Gebannten Dourche, um Anstellung als Gebannte in Schönesfeld, wird bei der Behörde befürwortet.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. Januar.

Auf die heutige Parteiversammlung, die sich mit der bevorstehenden Landeskongress der sächsischen Sozialdemokratie zu beschäftigen haben wird und die Wahl einer Vertreterperson für die Frauen und Mädchen vornehmen soll, sei auch an dieser Stelle noch besonders aufmerksam gemacht. Die Versammlung wird 10 Uhr ihren Anfang nehmen.

Ein interessanter Prozeß. In der Kugel des Generalleutnants von Riesewand in Dresden als Vormund des Freiherrn Hubert von Schorlemmer in Großenhain gegen unseren Gen. Lipinski ist nun Termin auf den 18. Januar vormittags 10 Uhr vor dem hiesigen Schöffengericht anberaumt worden.

Die Ordnungsbrüder unter sich. Das Leipziger Tageblatt schreibt:

* Leipzig, 10. Januar. Im Freiberger Anzeiger lesen wir: Der Reichstagkandidat für unseren Freiberger Wahlkreis, Dr. Dertel, hat in der Generalversammlung des Konservativen Vereins zu Leipzig einen Vortrag über die bevorstehenden Reichstagswahlen gehalten, worüber sich das Leipziger Tageblatt nebst anderen nationalsozialistischen Zeitungen ganz unnötigerweise aufregt. Wir sagen: ganz unnötigerweise, denn im Grunde genommen geht Ihnen die Sache doch gar nichts an...

Wie die extremen Agrarier des Freiberger Wahlkreises sich einen Reichstagkandidaten aus Berlin verschafft, so scheint der Freiberger Anzeiger die deutsche Sprache nach den Besitten eines Berliner Schusterjungen zu behandeln.

Poß- und Telegraphen-Unterbeamten-Verband. Nach einer Mitteilung in Nr. 1 des Deutschen Poßb. hat das Reichs-Poßamt verkündigt, daß es gegen die Gründung eines Poßunterbeamten-Verbandes grundsätzlich nichts einzuwenden habe. Das ist "grundsätzlich" ganz verständig. Wie aber wird es in der Praxis werden?

Ein sauberer Kantinenwesen. Zu unserem gestrigen Gerichtsbericht der unter vorliegenden Spitzmauer erucht uns Herr Herm. Schlichting, festzustellen, daß die besprochenen unwürdigen Vorgänge sich nicht in seiner, jetzt in Holzhausen im Bau begriffenen Biegelei ereignet haben.

Zu Hof amüsierte sich der Magistrat höchst über ein Gesuch des Schauspielers Winkelmann aus Leipzig, der darum bat, ihm die Direktion des Stadttheaters zu übertragen. Welche Vorstellung, bemerkte die Oberfränkische Volkszeitung, muß sich der brave Mann vom Hofer Stadttheater gemacht haben! Dort braucht man höchstens einen Hausknecht, der für die Reinholzung dieses einzige in seiner Art dastehenden Musentempels sorgt.

Die Bauthäufigkeit in Leipzig. Wie das Tageblatt berichtet, sind im Jahre 1897 in Leipzig 788 Neubauten mit 2138 Wohnungen und 244 gewerblichen Anlagen fertiggestellt und baupolizeilich abgenommen worden. Dagegen wurden 72 Gebäude mit 172 Wohnungen und 81 gewerblichen Anlagen abgebrochen. Es ist somit eine Zunahme von 1988 Wohnungen und 168 gewerblichen Anlagen zu verzeichnen gewesen.

Das ein magerer Vergleich besser wie ein fetter Prozeß ist, dürfte alsbald auch die Leitung unserer Ausstellung erfahren. Unsere Leser erinnern sich, daß die Ausstellungsbüro von vielen Ausstellern nachträglich höhere Ausstellunggebühren einforderte. Eine Versammlung von Ausstellern bot der Leitung der Ausstellung einen Vergleich an, doch scheint diese nicht darauf eingegangen zu sein. Jetzt wird bekannt, daß das Landgericht Leipzig sowohl, als auch das Oberlandesgericht Dresden in der Klage gegen einen Fabrikanten entschieden, daß die Aussteller nicht verpflichtet werden können, die erhöhte Gebühr für einen unverlangten Explor zu zahlen.

Eine Warnung für junge Mädchen kommt aus Mai- land, in der es heißt: Da beinahe keine Woche vergeht, ohne daß nicht gewissenlose Menschen es versuchen, junge Mädchen unter Vorspiegelung hohen Lohnes und angenehmer Stellen nach Mai-land zu locken und dort an unheimbare Häuser zu verschaffen, so müssen Eltern, Lehrer, Vormünder, Pfleger, Pfarrämter &c. des allerbestimmtesten vor diesen Seelenverküfern gewarnt werden. Alle, die etwas zu sagen haben, sind inständig zu bitten, ja niemanden hierher kommen zu lassen, dem nicht von hier anssässigen, absolut sicheren und zuverlässigen Personen die Versicherung gegeben werden ist, daß keine Gefahr vorhanden sei. Nur so kann dem schändlichen, besonders von einem Manne, dessen Name gebührend tiefer gehängt werden wird, sobald genügend juristisch unanfechtbares Material vorhanden ist, betriebenen Mädchenthalde geäußert und unsagbares Elend verhület werden, denn sind die Mädchen einmal hier, so sind sie gewöhnlich verloren, es sei denn, daß sie Geistesgegenwart genug besitzen, sich ihren Verführern zu entziehen, wie jene Bürtcherin, die sich in ihrem unverschleierten Bimmer verbarfütiert und in einem unbewohnten Momenten entwischte, oder wie jene Luzernerin, die schreckensbleich und mit zitternden Gliedern in das Mädcheneheim kam, nachdem sie beim Aussteigen auf dem Bahnhof die Gefahr gehuft hatte. Der Verein der Freundinnen junger Mädchen in Mai-land sowie Herr Pfarrer Hans Mühlmann, Via Carlo Porta 8, sind gern erbstig, kostlos Erfundigungen einzuziehen.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder. Mitgeteilt durch das Patentbüro von Ed. Breslauer, Ingenieur und Patentanwalt, Leipzig, Goethestraße 7. Gegen die Anmeldungen kann bis zum 6. März 1898 Einspruch erhoben werden. — Kl. 12. Chemische Apparate: Dr. Julius Altmüller, Dresden, Schönstraße 28, Verfahren zur Darstellung von Guajacoläthern des Glycerins. — Kl. 42. Instrumente: Brüder Leistner, Leipzig, Rollbandmaschine mit überstehendem Kurzelgriff zum Festhalten des abgerollten Bandes. — Kl. 51. Musikalische Instrumente: Reinhold Herold, Brunnaboda, Sachsen, Resonanz-Vanjo. — Kl. 68. Sattlerei: Otto Bochardt, Lindenau, II. M. Speer u. Co., Leipzig, Neumarkt 27, Treppen-Antreib für Fahrräder mit exzentrischer Schnur oder Kettenstufen. — Kl. 74. Signalwesen: Georg Vorries, Dresden, Reichsstraße 30. Elektrische Weichenrichtung, welche nur bei Aussicht auf gutes Wetter wechselt. — Kl. 86. Weberei: Reinh. Reimann, Neugersdorf bei Löbau i. S., Gemeindeamtstraße 104, Schülenschlagvorrichtung für Webstühle.

Eine Konferenz der Vorsitzenden und Sekretäre der sächsischen Gewerkschaften wird nächsten Sonnabend im Ministerium des Innern zu Dresden tagen. In dieser Konferenz wird hauptsächlich über die Neorganisation der Gewerkschaften verhandelt werden.

Eine Gasexplosion ereignete sich gestern vormittag in einem Geschäftslökle des Grundstücks Gellerstraße 7. An der Gasleitung waren Veränderungsarbeiten vorgenommen worden, die jedoch noch nicht beendet waren. Der betreffende Arbeiter hatte deshalb, um ein Entweichen des Gases zu verhindern, die Gasuhr abgedreht. Ein Markthelfer drehte nun gestern früh die Gasuhr wieder auf und brannte eine Gasflamme an. Da diese aber sehr schlecht brannte, bestieg er eine Leiter und leuchtete mit einem Streichholz die Gasleitung ab. Inzwischen war an einer Stelle an der Leiter eine Menge Gas entströmmt und als sich der Markthelfer dieser mit dem brennenden Streichholz näherte, erfolgte die Explosion, bei der der Markthelfer von der Leiter herabgeschleudert, eine große Glasscheibe zertrümmert und eine dicke Zwischenwand eingeschlagen wurde. Der Markthelfer ist zum Glück mit geringen Brandwunden davongekommen.

Aus der besten der Westen. 112 Personen haben sich am Sonntag abend obdachlos in der hiesigen Zwangsarbeitsanstalt zu L. Thonberg gemeldet und sind dafelbst aufgenommen worden.

79000 Mark unterschlagen. Auf Requisition einer aus-

wärtigen Behörde wurde hier am Sonntag ein 46 Jahre alter Buchhalter aus Gleiwitz festgenommen, der früher in Böhmen in einer Fabrik angestellt gewesen ist und beschuldigt wird, in den Jahren 1892 bis 1897 zum Nachteil seines Chefs einen Geldbetrag von 79000 Mk. nach und nach unterschlagen zu haben.

Eine Carrambolage zwischen einem Motorwagen und einem Droschkenfahrer fand am Sonntag nachmittag in der Entritschstraße statt. Die Drosche wurde zur Seite geschleudert und umgeworfen, wobei der Fahrer und eine zweite Person, die mit auf dem Bock saß, herabfielen. Beide Personen nahmen zum Glück keinen Schaden.

Selbst gestellt. Mit der Selbstbeschuldigung, vorligen Dienstag seinem Prinzipal, einem Möbelhändler in Berlin, 1000 Mk. unterschlagen zu haben, stellte sich am Sonntag ein aus Berlin gebürtiger 22 Jahre alter Buchhalter freiwillig bei der hiesigen Polizei. Der leichtsinnige Mensch, den man natürlich in Haft nahm, hat seiner Angabe zufolge, das ganze Geld in der kurzen Zeit in verschiedenen Städten verprasst.

Im Zeichen der Influenza, des Schnupfens, der Erkrankung steht heute die Welt, denn statt daß ein erfrischender kalter Januartwind uns Ohr und Wangen röte, werden wir Tag für Tag bis auf die Haut durchhäuft und kriegen statt klarer Lust und Sonnenschein nur lästigen Nebeldurst zu schlucken. — Und das kann auf die Dauer selbst den Stärksten nicht vertragen.

Da stellt sich das alte verwünschte Reihe wieder ein; in allen Gliedern zwackt und zwackt den einen ein unsichtbares Etwas, dem nicht beizukommen ist; während ein anderer, der kaum mehr aus den Augen sehen kann, ob seiner geschwollenen und geröteten Nase von böswilligen Menschen gar für einen Trinker angesehen wird. — Aber mögen die Spätter sich nur hüten, daß das fahle Gespenst der Influenza, das spät abends heimlich durch die nebeligen Straßen und Gäßchen schleicht, ihnen nächst nicht vor der Stammkneipe aufzulauern und ihnen unbemerkt bis nach Hause und bis in ihr Zimmer folgt.

Dann werden sie das Spott schon bleiben lassen und bei heissem Grog und säuerlich-scharfem Citronensaft über die Unbefriedigkeits gesundheitlichen Glücks nachdenken.

Und wenn der Winter sich nicht bald auf sich selbst besinnt, können sie am Ende so viel Zeit zum Nachdenken bekommen, daß sie darüber gar zum Philosophen werden — sei es auch zunächst nur auf dem Specialgebiet der Influenza und des Schnupfens.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Leipzig, 10. Januar.
Die Polizei als Kunst- und Gitterrichterin. In Frankfurt a. M. beschlagnahmte die Polizei bei dem Kunstm. Buch- und Antiquitätenhändler Carl Schwabé eine Anzahl Photographien, sogenannte Modell-Aufnahmen, die nackte Frauen darstellten. Hierdurch erfuhr die Polizei auch, daß die Photographien von dem hiesigen Photographen Arthur Nabaz hergestellt wurden. Der bei R. vorgefundene Reise der Photographen, die Originale und die mit Sch. gepflegte Korrespondenz wurden infolgedessen auch mit beschlagt belegt und R. der Prozeß gemacht. Der § 184 des Strafgesetzbuches besagt: Wer unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen verkauft, verteilt oder sonst verbreitet, oder an Orten, die dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder anschlägt, wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Gefangnis bis zu sechs Monaten bestraft.

R. gab vor dem Schöffengericht an, daß er von Sch. die Originale (Kabinettphotographien) erhalten und danach Abbildungen hergestellt und 380 Stück an Sch. gesetzt habe. Was Sch. damit machen würde, habe er nicht gewußt; für Abbildungen seien ihm 6 Pfennige gezahlt worden, für Kabinettbilder würde er 10 Pfennige erhalten haben. Aus der mit Sch. gepflogenen Korrespondenz ging hervor, daß Sch. selbst die Bilder als Alt-Modell-Studien bezeichnet hat. Das Gericht hatte nun zu prüfen, ob die Bilder unzüchtig seien und ob sie verkauft habe. Der Vorsitzende, Amtsrichter Winkler, bemerkte, daß aus der bloßen Nachheit ein Bild noch nicht zu einem unzüchtigen werde, denn sonst müßten ja alle Bilder großer Meister ähnlichen Genres und die Skulpturen der Alten, die in unseren Museen öffentlich ausgestellt seien, unzüchtige Abbildungen sein. Unzüchtlich werde ein solches Bild erst dann, wenn aus der Stellung der dargestellten Figur hervorgehe, daß mit demilde der Geschlechtstrieb hervorgerufen werden sollte. Nach seiner Ansicht sind die Bilder schöne weibliche Figuren mit klassisch schönen Kopf, aber weiter nichts. Zum Verkauf schließe das Merkmal, daß R. auch die Originale zu den Bildern geliefert habe; er habe von Kopien vom Originale nur wieder Kopien hergestellt, also nur produziert.

Trotz dieser Ausführungen des Vorsitzenden stellte der Amtsrichter den Antrag auf Bestrafung. Das Gericht erkannte auf Freispruch. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß das Gericht beide Fragen, ob die Abbildungen unzüchtig seien und ob R. sie verkaufte oder verbreitete habe, verneint habe. Im übrigen schloß sich das Urteil der schon vom Vorsitzenden ausgesprochenen Ansicht an. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Bilder rein künstlerischen oder anatomischen Zwecken dienen sollen.

Von Nah und Fern.

Rudolf Herzig jr. t.
Berlin, 10. Januar. Rudolf Herzig, seit dem Tode seines Vaters alleiniger Inhaber der weitbekannten Firma, ist am Montag früh im Alter von 46 Jahren einem Gehirnschlag erlegen. Dem plötzlichen Tode ging ein langeres Leiden voraus.

"Höhere" Schüler. Nachen, 10. Januar. Dem Echo der Gegenwart zufolge wurde von Lehrern und Schülern eine aus Schülern der höheren Lehranstalten bestehende (Gauß-)Verbindung aufgehoben. Die betreffenden stehen teilweise vor dem Einjährigen- und dem Abiturienten-Examen.

Bon der Strafanstalt zu Karlsruhe wurde ein achtzehnjähriger Gymnasiast aus Bühlertal wegen Urkundenfälschung zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte den Bericht gemacht, auf Grund eines von ihm gefälschten Schulzeugnisses in die höhere Klasse einer anderen Lehranstalt aufgenommen zu werden.

Glück! Stegenburg, 10. Januar. Gestern nachmittag stürzten beim Schlittschuhlaufen 14 Personen in die Donau, es gelang jedoch alle zu retten.

Jäger Tod.
Tilsit, 9. Januar. Ein schwerer Unglücksfall wird vom kurischen Haß gemeldet. Der Eigentümer R. aus Strelitz wollte am 4. Januar mit seiner Frau Mohr schneiden gehen. Der Mann schob mit Schlittschuhen an den Füßen die Frau auf einem Hofschlitten zur Arbeitsstelle. Im vollen Lauf kamen sie an eine offene Stelle und gerieten unter das Eis. Da Hilfe nicht zur Stelle war, fanden die Ehegatten ein nasses Grab. Sie hinterließen acht unmündige Kinder, von denen das älteste, ein Knabe, erst 14 Jahre alt ist.

Die That eines Zweifelten.

Nom. 10. Januar. Bei Mailand warf sich ein gut geheimer Donist unter den Voloquies Schnellzug, und wurde so gräßlich gerissen, daß die Bahnhofstreppe 300 Meter weit mit den zerstörten Überresten des Selbstmordlers bedekt war. Eine Wissenskarte, die sich bei diesem fand, trug die Worte **Glaeser-Dresden**; das Taschentuch war mit den Buchstaben V. K. gezeichnet.

Thronrede zur Eröffnung des preußischen Landtages.

Berlin, 11. Januar.

Der preußische Landtag wurde heute mit folgender Thronrede eröffnet:

Die Finanzlage des Staates hat sich seit der letzten Tagung namentlich infolge der anhaltenden Steigerung der Errüttlungen aus den meisten Staatsbetrieben (das Eisenbahnmalfallbudget!) fortgesetzt günstig gestaltet.

Das am 1. April v. J. abgeschlossene Rechnungsjahr hat einen höheren Überschuss als das Vorjahr ergeben. Ebenso kann für das laufende Rechnungsjahr ein erheblicher Überschuss, wenn auch noch den bisherigen Schätzungen in nicht gleicher Höhe, erwartet werden.

Der Staatshaushalt für 1898/99 hält in Einnahme und Ausgabe das Gleichgewicht. Die gesteigerten Einnahmen haben es gestattet, für fast alle Zweige der Staatsverwaltung Mehraufwendungen in größerem Umfang in Aussicht zu nehmen. Bei reichlicher Benutzung der Mittel zur Deckung darüber Ausgaben haben insbesondere die einmaligen und außerordentlichen öffentlichen Bedürfnisse eine weitgehende Berücksichtigung finden können. Der Ihnen alsbald zugehende Entwurf eines Gesetzes, betr. den Staatshaushalt, wird die gesetzliche Feststellung von Grundsätzen für die Veranschlagung, Führung und Kontrolle des Staatshaushalts vorschlagen. Der Entwurf steht überall auf dem Boden des verfassungsmäßigen Rechtszustandes; er beabsichtigt im wesentlichen Grundsätze zusammenzufassen und auszugehören, die schon seither bei der Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates, teils im Anschluß an Verwaltungsvorschriften, teils in thatsächlicher Nutzung befolgt, in einzelnen Fragen auch bereits mit dem Landtage vereinbart worden sind.

Die gesetzliche Festlegung dieser Grundsätze wird dazu dienen, die Sicherheit und Gleichmäßigkeit ihrer Handhabung zu gewährleisten und mehrfach hervorgetretene Zweifel und Schwierigkeiten zu beseitigen.

Noch den bisherigen Erfahrungen stehen die durch die Stellung der Amtskontionen dem Staate erreichenden Vorteile nicht im richtigen Verhältnisse zu den Kosten und Weiterungen ihrer Verwaltung und den wirtschaftlichen Lasten, die dadurch den Beamten auferlegt werden. Es soll daher die behutsame Sicherung der Ansprüche des Staates bestehende Verpflichtung der Beamten zur Stellung von Kautioen im Wege des Gesetzes allgemein aufgehoben und damit eine erhebliche Erleichterung der betriebsvertraglichen Verhandlungen herbeigeführt werden.

Ihre verfassungsmäßige Mitwirkung wird zu einer Neuregelierung und Verbesserung des Diensteintritts der Geistlichen beider Konfessionen in Aufsicht genommen werden, die nicht ohne Bereitstellung weiterer staatlicher Mittel zu erreichen ist. Die Stellung der Privatdozenten an den Universitäten entbehrt zur Zeit der gleichmäßigen und zum Teil überhaupt einer ausreichenden rechtlichen Grundlage, so daß eine gesetzliche Regelung dieser Verhältnisse angezeigt erscheint.

Wegen Erweiterung des Staatsseisenbahngesetzes, Förderung der Kleinbahnen und Verbesserung der Wohnungswirtschaft ständiger Arbeiter und unterer Beamten wird Ihnen auch in dieser Tagung ein Gesetzentwurf vorgetragen. Die erfreuliche, insbesondere seit Errichtung der Centralgenossenschaftskasse (Güterpumpanstalt) in raschem Fortschreiten befindliche Entwicklung des Genossenschaftswesens macht eine nochmalige Erhöhung des Grundkapitals der Kasse erforderlich. Diese soll hierdurch in den Stand gesetzt werden, noch mehr als bisher den Ansprüchen der sich ununterbrochen vermehrenden wirtschaftlichen Organisationen der Mittelschichten in Stadt und Land zu genügen. Zur Fortführung des Aniedlungswertes in den Provinzen Posen und Westpreußen wird eine Erhöhung der durch Gesetz vom 26. April 1886 bewilligten Mittel beabsichtigt.

Ein daran bezüglicher Gesetzentwurf wird Ihnen unverweilt zugehen. In großen Teilen der Provinz Westfalen und einiger angrenzender rheinischer Kreise entspricht die Einführung eines unmittelbaren gesetzlichen Anerbenrechts den Rechtsanschauungen, Erfahrungswerten und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung. Es ist deshalb eine Ausdehnung des gesetzlichen Anerbenrechts auf diese Gebiete in Aussicht genommen.

Die durch Hochwasser in verschiedenen Teilen des Landes sehr häufig herbeigeführten verheerenden Verheerungen haben das landesväterliche Herz Sr. Majestät des Kaisers und Königs tief bewegt. Die Staatsregierung hat die zur Linderung der ersten Not und behutsame Ausführung der unaufschönbaren Herstellungsarbeiten notwendigen Maßnahmen umfassend getroffen und die sogleich erforderlichen Mittel, in Voraussetzung der verfassungsmäßigen Zustimmung des Landtages, flüssig gemacht.

Nachdem es hierdurch mit Hilfe aus allen Teilen Deutschlands eingegangenen überaus dankenswerten reichen Spenden gelungen ist, dem dringendsten Bedürfnis vorläufig abzuholzen, bedarf es nunmehr noch der Bereitstellung weiterer öffentlicher Mittel zur Beseitigung der Verheerungen und ihrer Folgen. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wird Ihnen unterbreitet werden.

Zur dauernden Sicherung der betreffenden Landesteile gegen Überschwemmungsgefahren sind Erörterungen eingeleitet, die die Regulierung der in Betracht kommenden Flusßläufe, deren planmäßige Unterhaltung, sowie sonstige, eine geregelte Wasserabfuhr erleichtende Einrichtungen bezeichnen.

Meine Herren! Wichtige Aufgaben harren der Lösung. Die Regierung Seiner Majestät rechnet dabei auf Ihre verständnisvolle, politische Unterstützung. Möge die gemeinsame Arbeit

auch in dieser letzten Tagung Ergebnisse zeitigen, die dem Vaterlande zu dauerndem Segen gereichen.

Telegraphische Depeschen.**Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.**

London, 11. Januar. Dem Neuerlichen Bureau wird aus Sansibar vom 10. d. W. gemeldet: Hier eingegangene Briefe des Majors Macdonald aus Lubwa in Usoga vom 14. Dezember vorigen Jahres melden von einem Gesichte, in dem der Lieutenant Macdonald, ein Bruder des Majors Macdonald, und der Missionar Pilkington fielen. Aus Machala wurden Berührungen abgefangen.

Ein weiteres Telegramm des Bureau aus Mombasa bestätigt diese Nachricht mit dem Hinzufügen, es sei möglich, daß die Garnison von Lubwa gemeinsame Sache mit den Außändischen machen würde.

Die Times melden aus Panama: Die Arbeiten am Kanal dauern stetig fort. Jetzt sind 3500 Arbeiter beschäftigt. Man betrachtet die Vollendung des Kanals als wahrscheinlich.

Versammlungskalender.

Wienstag: Versammlung der sozialdemokratischen Partei. Abend halb 9 Uhr. T.-O.: 1. Die Venetianerfeier in Leipzig.

Mittwoch: Reichstagssitzung Frieder. Meyer. 2. Wahl der Delegierten. 3. Wahl eines Komitees. 4. Wahl einer Deputirten-Kommission für Frauen und Mädchen.

Nationalversammlung L. Cohlisch. Oberhaupt. Abends halb 9 Uhr. Generalkonvention.

Wittstock: Maler und Lackierey. Coburger Hof. Windmühlstraße. Abends 8 Uhr. T.-O.: 1. Das jährliche Vereinsgesetz mit Bezugnahme auf die geplanten Abänderungen. Referent: Genosse Maxfeld Wittstock. 2. Steuerungsname zum diesjährigen Provinzialtag. 3. Bericht des Vertreters zur Oberbergstiftung und Neuwahl bestimmen.

Stellmacher. Königlicher Hof. Mittwoch. Abends 7 Uhr. T.-O.: 1. Vortrag: Welche Verdienste soll der Staat belohnen? Referent: Schriftsteller Kiesenhalter. 2. Gewerkschaftstag.

Briefkasten der Redaktion.

J. B., Böttchergächen. Kommen Sie in unsere Sprechstunde und bringen Sie die amtlichen Schriftstücke mit.

Wette 324. 1. Ja, wohl erst vom Feldwebel an. 2. Uns unbekannt, aber nicht unmöglich.

Bahnkommission der Schuhmacher. Großjoh. Am 6. ist ein Bericht nicht hier eingegangen. Dagegen traf heute zugleich mit Ihrer Anfrage ein längerer Situationsbericht ein, der umgehend veröffentlicht werden wird, wie das stets mit Ihren Streitnotizen der Fall gewesen ist. Die Schuld wird also an Ihrem korrespondierenden Mitgliede liegen.

W. B. 1. Die Landeskongress wird öffentlich sein. 2. Die Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen haben, wenn nichts anderes vereinbart ist, Anspruch auf schwödähnliche Rücksicht. 3. Die nächste Mitgliederversammlung ist noch nicht angesetzt. Verfolgen Sie den Annonentell unseres Blattes.

Theatervorstellungen.**Neues Theater.**

Dienstag den 11. Januar: 10. Abonn. Vorstellung (2. Serie, rot).

Helgas Hochzeit.

Ubstspiel in 3 Akten von Franz v. Schönhan u. Franz Koppel-Eiffeld.

Regie: Ober-Regisseur Adler.

Nach dem 1. Akt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr. Schausp. Preise.

Oblige-Berlaus an der Tagesstasse von 10 (Sonne). 1. Berlaus von 10½ bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit 1½ St. geb. von 80 Pf.) von 1—3 Uhr.

Spielplan: Mittwoch: Der Barbier von Sevilla. Anfang 7 Uhr.

— Donnerstag: Zum erstenmal: Weh dem, der läuft! Anfang 7 Uhr.

— Freitag: Figaro Hochzeit. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Weh dem, der läuft! Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Dienstag den 11. Januar:

Jugendfreunde.

Ubstspiel in 4 Akten von Ludwig Fulda.

Regie: Regisseur Hänseler.

Dr. Bruno Martens. • • • • Dr. Taeger

Philipp Winkler, Musikschriftsteller • • • Dr. Hultsch

Heinz Hagedorn, Maler • • • Dr. Otto

Waldemar Scholz, Techniker • • • Dr. Hänseler

Dora Lemz. • • • • Dr. Marie Loue

Annelie Siebert. • • • • Dr. Wande

Toni Heinenberger. • • • • Dr. Moll

Elisabeth Gerlach. • • • • Dr. Müller

Stephan, Diener. Dr. Thiele

Ort der Handlung: Die Villa des Dr. Martens in einem westlich angrenzenden Vorort von Berlin.

Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende 9 Uhr. Gew. Preise.

Vorber. 1. v. d. Tages-Kasse v. 10 (Sonne). 2. Berl. 10½ Uhr. 3. 1½ Uhr.

Vorber. 1. v. d. Tages-Kasse v. 10 (Sonne). 2. Berl. 10½ Uhr. 3. 1½ Uhr.

Spielplan: Mittwoch: Mein Dämmling. Anfang nachmittags 3 Uhr. — Die Braut von Messina. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Eine tolle Nacht. Anfang 1/8 Uhr. — Freitag: Jugendfreunde. Anfang 1/8 Uhr. — Sonnabend: Mein Dämmling. Anfang nachm. 3 Uhr. — Der Hochstapler. Anfang 1/8 Uhr.

Rüchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Wittwoch:

Speiseanstalt I (Johanniskirchplatz): Kartoffeln u. Wöhren in Schweinefleisch.

Speiseanstalt II (Molenkampf): Kartoffeln mit Schöpfleinstech.

133. Sachsische Landeslotterie.

ziehung vom 11. Januar.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 107 Mark gezogen.

(Ohne Gewinn.) (Nachdruck verboten.)

20000 auf Nr. 11952 bei Herrn Ernst Mey in L. Blaßwitz.

5000 auf Nr. 23960 bei Herrn J. G. Hermann in Leipzig.

5000 auf Nr. 71200 bei Herrn G. Jarmulowsky, in Firma: G. Jarmulowsky & Co. in Alber.

847 (300) 925 081 206 (150) 78 782 (150) 726 88 (500) 449

458 (150) 94 (150) 650 1661 821 000 955 782 545 (150) 685

645 (250) 238 818 89 796 (150) 714 2400 (150) 764 576 (1000)

155 (200) 517 (150) 441 941 882 299 120 538 348 474 74 (150)

884 52 785 000 251 (200) 522 571 595 814 (300) 748 146 804

148 387 942 656 887 980 186 796 757 048 266 409 698 (150)

4267 161 661 288 180 249 (150) 297 158 (150) 688 567 (200)

889 74 584 (200) 387 860 901

5740 590 (300) 185 923 241 285 (150) 779 900 512 896 165

882 96 56 114 524 348 875 898 (150) 18 547 6514 858 926

817 784 (200) 671 289 191 895 510 7791 55 118 444 286 (200)

080 (500) 862 203 127 485 (150) 890 (150) 458 865 881 27

508 886 957 102 970 880 172 944 852 596 215 20 509 (150)

9226 485 992 808 824 965 (150) 188 (150) 606 574 (200) 978

605 (150) 650 865 (300) 490 (150) 50

10549 841 582 204 268 (150) 454 394 945 289 460 (150)

784 452 (200) 401 17 21 (500) 754 28 118 (200) 741 721 11586

832 810 (300) 994 57 392 894 72